

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

132 (7.6.1866) Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der badischen ersten Kammer am 7. Juni 1866, die deutsche Frage betr.

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen der badischen ersten Kammer am 7. Juni 1866, die deutsche Frage betr.

Ministerialrath Dr. Jolly. Durchlauchtigster Herr Präsident, durchlauchtigste Herren! Ich habe das Wort in dieser wichtigen Frage ergriffen, freudig mich zunächst, in der angenehmen Lage zu seyn, nach verschiedenen eigentlich nach allen in Betracht kommenden Seiten hin meine Uebereinstimmung mit den ausgesprochenen Ansichten erklären zu können. Ich bin in Uebereinstimmung mit dem Programm, das die große Regierung vor Kurzem bei der Verhandlung in der zweiten Kammer mitgetheilt hat, welches sie in der Kommissionsfassung zu wiederholen die Güte hatte, ich bin in Uebereinstimmung mit dem Bericht des andern Hauses und auch mit dem an dieses hohe Haus erhaltenen. Der Punkt, die die große Regierung als die für sie und ihre Handlungswiese maßgebenden bezeichnet hat, sind es vier. Zunächst hat sie ausgesprochen, soweit es in ihren Kräften gelegen, soweit durch die ihr zu Gebot stehenden Mittel es möglich sey, zur Erhaltung des Friedens mitzuwirken, werde sie dies mit aufrichtigsten Bemühen thun. Mit diesem ersten Punkte ist alle Welt einverstanden. Nicht allein wir, die in diesem Saale versammelt sind, werden uns dafür einstimmen, sondern alle überhaupt Mögliche für die Erhaltung des Friedens zu thun, ich glaube im ganzen weiten deutschen Lande sind nur Wenige, die nicht den Frieden wünschen, und es wird kaum ein Einziger zu finden seyn, der es wagt, offen auszusprechen, er sey nicht für den Frieden, sondern wünsch den Krieg. Soweit ich wenigstens meine Zeitungslektüre auszuweihen im Stande bin, habe ich nirgends Stimmen angehört, die dem drohenden Bruderkrieg in Deutschland mit Freude entgegensehen. Wenn ich irgendwo eine kriegerische Begeisterung wahrnehmen kann, so scheint sie mir nur in der österreichischen Armee unter den Regimenten fremder Jünger zu leben. Wir haben kein Recht, gegen diese fremdländischen, kriegerischen Schaar zu erheben; sie werden nicht unsere Vaterlandsliebe empfinden bei dem Gedanken, daß die gesegneten Fluren unseres schönen deutschen Vaterlandes, das ihre Heimath nicht ist, unter den Drangsalen des Krieges verwüest werden sollen.

Die möglichen Ziele u. Folgen dieses brudermörderischen Krieges werden verschieden beurtheilt. Nicht Wenige überlassen sich den allerleinstmüthigsten Anschauungen, es scheint nicht an Soldaten, die in einer nahezu verzweifelten Stimmung die trostlose Aussicht aussprechen, dieser Krieg könne u. werde gar keine Erfolge haben; unser deutsches Volk werde sich in demselben nur wechselseitig zerfleischen, seinen Wohlstand ruiniren, seine Bildung opfern, vielleicht Theile seines Bodens an das Ausland verlieren, um schließlich wieder in den alten Zuständen sich zu finden, die nur durch die entsetzliche Zerstörung des Bürgerkrieges viel trostloser geworden. Leider kann man, u. darin liegt die ernsteste Mahnung zum Frieden, diesen trübseligen Anschauungen nicht als ganz unberichtigten entgegenzutreten. Es gibt aber auch noch eine andere Betrachtung der Dinge.

Der Krieg, der uns droht, kann auch sehr große Folgen hervorbringen, er kann die Verhältnisse Europas auf eine lange Zukunft hinaus wesentlich umgestalten. Ob es eine Verbesserung seyn wird, das wird je nach dem Ausgang von verschiedenen Standpunkten aus verschieden beurtheilt werden. Immerhin ist aber die Möglichkeit der gewaltigen Erfolge gegeben. Solche Erfolge werden wir haben, wenn der Sieg, dem österreichischen Heere folgt. Dann wird ohne Zweifel der Fehlschuß, den wir in den letzten Jahrzehnten mehr als einmal vernommen, zur Wirklichkeit werden. Niedergeworfen die Aushäuer, die Ordnung hergestellt. Es müssen befristet werden alle unruhigen, alle bewegenden, alle nach Neuerung drängenden Elemente!

Der Krieg kann sie nicht vertragen u. wenn es mit Aufwendung seiner letzten Kräfte zum Siege gelangt, so gibt es für Oesterreich keinen andern Siegespreis, als allgemeine Restauration! Es verdrängt nicht die Ordnungen, nach welcher die europäischen Völker nach ihrem innersten Bedürfnis ringen!

Zunächst muß Preußen geschwächt werden, damit es nicht mehr der Führer zu einer neuen Organisation Deutschlands seyn kann. Oesterreich wird keinen deutschen Einheits- oder Bundesstaat schaffen, das kann es nicht, das liegt nicht in seinem Interesse. Es fällt ihm schwer genug, im eignen Kaiserthum das Bunte Völkergemisch zu bewältigen; es kann nicht daran denken, auch noch die deutschen Länder in seinen Staatskreis hineinzuziehen. Immerhin wird der Dualismus, unter dem die Bundesverfassung erlahmte, mit dem Siege Oesterreichs beseitigt werden, es wird dann allein die Diktation des Bundes und damit aller deutschen Staaten an sich nehmen. Aber man erwarte davon nicht eine deutsche Politik, eine Befriedigung der Bedürfnisse der deutschen Nation, ihre Erlösung aus ihrem heutigen unwürdigen Zustande. Es wird das Eintreten, was die Diplomaten sprache als Erweiterung der politischen Machtphäre bezeichnet. Wir würden Alle in die politische Machtphäre Oesterreichs fallen, das uns beherrschen und für seine Interessen verwenden würde. Dies sind aber nicht deutsch, sie werden nicht durch die wenigen Deutschen des Kaiserthums, sondern durch die vorherrschend fremde Bevölkerung desselben und durch seine zahlreichen, aus Fremden Beziehungen bestimmt.

Gefährlich ist mir wahrlich ein solches Resultat nicht; das es aber ein großer Erfolg wäre, daß damit auf Jahrzehnte, vielleicht auf Generationen hinaus das Schicksal Deutschlands bestimmt wäre, läßt sich nicht läugnen. Auch ein langer Friedensstand wäre um diesen Preis vielleicht erreicht, der lang dauern könnte, so lange, bis wir in kläglicher Faulnis zu Grunde gegangen wären — schon manches Volk ist mitten in seiner Blüthe von solchem herben Schicksal erreicht worden — oder bis in viel furchtbarerem Grade, als er jetzt uns bedroht, die Revolution aus dem unerträglich gewordenen Zustande eine neue Gestaltung Deutschlands hervorriefe.

In anderer Weise würde ein großer, nachhaltiger Erfolg eintreten, wenn die Siegesgöttin auf den preussischen Adlern sich niederließ. Es wird dann ein mehr oder minder straff organisirter Bundesstaat in Deutschland hergestellt werden; nur frei-

lich darf sich Niemand dem Vertrauen hingeben, daß damit zugleich auch die politische Freiheit in Deutschland erlangen sey. Der Sieg Preußens wird um so weniger der politischen Freiheit in Deutschland zu gut kommen, je mehr die liberale Partei mit nichtbegreiflicher Zimpferlichkeit das Parlament zurückweist, weil die Hand, die es bietet, ihr nicht appetitlich genug ist. Trotz allem führt der Sieg Preußens nicht bloß zu nationaler Einigung, er wird nothwendig, auch der Anfang, für eine wenn auch noch mit Mühe zu erringende politische Freiheit. Der deutsche Bundesstaat kann ohne Parlament nicht bestehen.

Die Geschichte hat Beispiele genug dafür geliefert, daß die Macht der Verhältnisse auch den widerstrebendsten Willen dazu nöthigt, sich auf die politische Freiheit des Volkes zu stützen. Die stolze, die am festesten begründete Volksherrschaft in Europa, die Englands ist aus ähnlichen Verhältnissen herausgewachsen. Die ersten Könige aus dem jetzt regierenden Hause Hannover haben nicht aus freier Neigung mit der liberalen Partei sich verbunden, sie mußten es thun, um ihren mächtigen Gegnern widerstehen zu können. Wenn es Preußen heute gelingt, einen deutschen Bundesstaat mit Gewalt herzustellen, so wird es doch auf die volksherrschaftlichen Kräfte sich stützen müssen; es kann, was es mit dem Schwert erobert, nur mit dem Parlament erhalten.

Es sind auch noch andere durchgreifende Erfolge des drohenden Krieges möglich, wenigstens logisch denkbar, wenn auch ohne die geringste historische Wahrscheinlichkeit. Es gibt Schwärmer, welche glauben, das Ende werde eine deutsche Föderativrepublik seyn, gewiß auch eine sehr bedeutungsvolle Umgestaltung Europas. Doch will ich bei solchen Hirngespinnsten nicht weiter verweilen.

Ich glaube also, der Krieg, der uns jetzt bedroht, ist keineswegs schlechthin ausfichtslos, er kann nach verschiedenen Richtungen ungeheure Erfolge haben. Ich konstatire aber mit innerer Befriedigung, daß unter keinem Heile der deutschen Bevölkerung die Paraisuslust so groß ist, daß sie in blindem Eifer für ihre Ziele die Erhaltung des Friedens Preis geben möchte. Uns Allen hier ist es heiliger Ernst, wenn wir versichern, die große Regierung, so weit es uns möglich ist, in ihren Bemühungen für den Frieden unterstützen zu wollen, und wir sind in der glücklichen Lage, zu ihr das feste Vertrauen haben zu können, daß ihr Wort, so lange es möglich ist für den Frieden wirken zu wollen, wahr ist, erster gemeint, als bei manchen anderen Regierungen, die ebenfalls vom Frieden reden, aber unverholten zum Krieg eilen.

Der zweite Punkt des Programms der großen Regierung lautet dahin, es wolle unser Staat vorläufig für keine Partei sich entscheiden, also neutral bleiben. Ich glaube, der Herr Graf von Bismarck wird mir sein Recht geben, daß wir, diejenigen, die von jeder für die politischen Grundzüge der Regierung eintreten, besser berechtigt waren, als er, auch in dieser Beziehung ihr ein Vertrauensvotum auszusprechen. Was wir neulich, ehe die große Regierung Gelegenheit gehabt hätte, ihr Programm auszusprechen, vertheiligten, vorläufige Neutralität, eben das bezeichnet die Regierung heute als die Richtschnur ihres Handelns. Uebrigens würde ich mich freuen, wenn Herr Graf von Bismarck heute sein Vertrauensvotum wiederholen würde, denn ich bin von seiner Loyalität überzeugt, daß wenn er sagt, diese Politik uns zurückzuhalten habe seine Zustimmung, es ihm auch Ernst damit ist, daß er nicht die hinterlistige Politik treibe, die im andern Hause sehr treffend als die Politik der verkappten Preddie bezeichnet worden ist, ich meine die Politik, welche unter dem erlogenen Schein der Neutralität im Hinterhalte lajert, um bei der ersten günstigen Gelegenheit über denjenigen herzufallen, den sie schon zum Voraus im Stillen sich als Gegner gewählt hat. Ueber die Begründung dieser Politik der Neutralität habe ich mich schon früher vertheilt, ich beschränke mich deshalb darauf, nur den einfachen Grundgedanken zu wiederholen. Einen Grund, und zwar einen sehr treffenden, einen sehr schwer wiegenden Grund braucht derjenige, der zum Krieg treibt. Die Nichttheilnahme an einem unheilvollen Krieg, also die Neutralität, besteht sich von selbst, so lange nicht entscheidende Gegenstände geltend gemacht werden. Die sind aber nicht da. Die Ziele Oesterreichs und Preußens sind nicht der Art, daß wir uns, dafür in den Bruderkrieg stürzen dürften. Man hat neuerdings noch einen weiteren Grund für den europäischen Kampf erdacht, die begehrte Vertheiligung des Bundesrechts; ich werde später darauf zurückkommen.

Der dritte Punkt, den das Programm der großen Regierung enthält, bezieht sich auf ein mögliches Zusammengehen mit den andern Mittelstaaten, namentlich den süddeutschen. Auch in dieser Hinsicht haben wir uns früher und ebenso haben, verschiedene Redner im andern Hause sich dahin ausgesprochen, es sey selbstverständlich, daß die große Regierung ein gemeinschaftliches Handeln mit denjenigen Staaten, die eine ähnliche Richtung, wie sie verfolgen, zu ergreifen strebe. Bei diesem Punkte des Programms könnte man freilich vermissen, daß nicht angegeben ist, für welche Zwecke und Ziele die große Regierung mit den andern Mittelstaaten zusammengehen will. Ich möchte aber sagen, diese Lücke ist nur eine scheinbare, slylistische. In der That besteht sie nicht, denn die Ergänzung ergibt sich aus den andern Punkten des Programms von selbst. Dieses Zusammengehen kann nur den Sinn haben, das Ziel und den Zweck unseres Programms nach Thunlichkeit zu befördern. Dieses Zusammengehen mit den andern Mittelstaaten geschieht nicht in einer Gedankenlosigkeit, nur um auch dabei zu seyn, sondern es kann nur den Zweck haben, dasjenige besser zu erreichen, was man anstrebt, was aber für sich allein zu erreichen schwieriger wäre. Dieser Punkt ist von der größten Bedeutung und hier darf vor Allem nicht aus den Augen gelassen werden, daß unsere Regierung durch ihr Programm verpflichtet, für den Frieden, für die ernstliche, wahrhaftige, nicht erlogene Erhaltung des Friedens, für die ernstliche, wahrhaftige und nicht erlogene Bundesreform wirken zu wollen. Die Form des Zusammengehens mit andern Regierungen kann nur die

des einfachen Vertrages seyn. Das ist ein Punkt von ungeheurer Tragweite. Es kann nicht die Rede seyn von Anwendung eines rechtlichen Zwanges, um nach irgend einer Rechtsform unser Heer und überhaupt die Kräfte des Landes der Verfügung Anderer zu unterwerfen. Das Bundesrecht, insbesondere die Korpsstärke für das 8. Bundesarmekorps, ist auf den vorliegenden Fall nicht anwendbar. Ich hatte früher die Besorgniß, es könnte dahin kommen, daß der Bundestag Mobilisirung beschließen. Wir wären dann in der misslichen Lage gewesen, formales Recht zu verlegen, wenn wir unsere Truppen nicht zur Disposition stellen. Diese Gefahr ist jetzt Gottlob, wie ich glaube, vorüber; der Bundestag wird nicht mehr in der Lage seyn, solches beschließen zu können, denn es kann die erforderliche Majorität nicht zu Stande kommen, ohne die Stimme unserer Regierung. Ich denke aber, sie wird nach ihrem Programm nie dazu stimmen, denn der Mobilisirungsbeschluss ist nichts Anderes, als das Signal zum Bürgerkrieg. Es handelt sich also für uns um freie Allianz, um einen freien Vertrag, wir sind durch keine Rechtsform gebunden, uns unter rechtlichem Zwang irgend etwas gegen unseren Willen gefallen zu lassen. Wenn wir mit unsern Nachbarstaaten eine gemeinsame Heeresaufstellung vornehmen, ist zu allen entscheidenden Punkten unsere freie Zustimmung nothwendig, so bei der Bestimmung des Zweckes, zu dem das Heer aufgestellt werden soll, bei der Wahl des Führers, über den Zeitpunkt, von welchem an das gemeinsame Kommando wirksam werden soll, von welchem an dasselbe über unsere Soldaten in unserm Lande aufstellen kann. Namentlich für das 8. Bundesarmekorps soll schon ein fremder Führer designirt gewesen seyn durch eine Regierung, die, fern von wahrer Neutralität, kaum ihren Haß gegen Preußen verdrückt. Jetzt ist nur noch von vertragweiser Vereinigung der Heere die Rede und ich bin beruhigt, denn ich weiß, daß die Regierung im Gefühl ihrer ungeheuren Verantwortlichkeit handelt, da alles in ihre freie Entscheidung gegeben ist. Sie wird die Selbstständigkeit, vielleicht die Existenz des Landes nicht Preis geben.

Der 4. Punkt des Programms ist die Beförderung der deutschen Bundesreform. Wenn es irgend eine Chance des Friedens noch gibt, — und sie ist leider sehr gering — so liegt die letzte Aussicht, von einem Bürgerkrieg verschont zu bleiben, darin, daß mit dem größten Nachdruck auf eine Bundesreform eingegangen wird. Die große Regierung hat zu meiner größten Freude die Ansicht einiger strengen Gegner Preußens nicht getheilt: Wenn Graf Bismarck das Parlament bietet, wollen wir es nicht; wir haben zwar längt und immer wieder erklärt, wir müssen es haben, allein weil Graf Bismarck uns nicht gefällt, nehmen wir es nicht an. Auf diesen kläglichen Standpunkt konnte die große Regierung sich nicht stellen, eine Regierung, die zuerst in Deutschland nach einer langen stürmigen Periode der Stagnation, frei von kleinem Partikularismus, offen und nachdrücklich erklärt hat, wir wollen eine Reform der Bundesverfassung, eine ernstliche Reform derselben, die den nationalen Bedürfnissen in Wahrheit genügt, auf Grundlage einer parlamentarischen Organisation, wir sind bereit, jedes Opfer hierfür zu bringen. Ein Land, das das stolze Glück genießt, in seinem Fürsten nicht nur das Staatsoberhaupt, sondern den deutschesten Mann verehren zu können, ein Land mit einem Ministerium, wie das gegenwärtige, kann keine andere Politik verfolgen.

Ich bin also mit dem politischen Programme der Regierung in allen einzelnen Punkten vollständig einverstanden und werde ihr für die vollständige Einhaltung dieses Programms meinen aufrichtigsten Dank darbringen. Wenn ich dem gegenüber noch etwas zu wünschen habe, und etwas zu wünschen bleibt ja immer noch übrig, wenn man auch noch so viel erhalten hat, so ist es das: ich hätte manche Sätze bestimmter, ich hätte da und dort eine Anwendung auf die konkreten Verhältnisse gewünscht. Die große Regierung hält dies nicht für opportun; sie fürchtet durch spätere, in die Öffentlichkeit gegebene Erklärungen in ihren Behauptungen eher gehemmt als gefördert zu werden, und hat sich deshalb auf wenige allgemeine, fast theoretische Sätze beschränkt. Ihre Ansicht mag richtig seyn; vielleicht ist sie es auch nicht. Es gilt nicht immer das Sprichwort: Neben ist Silber und Schweigen Gold. Es gibt Zeiten, wo man dadurch am stärksten wird, daß man offen und bestimmt erklärt, das ist das Ziel, auf welches ich hinstrebe. Ich will aber die große Regierung nicht interpelliren; es wäre für sie und für uns eine gleich unerquickliche Lage, wenn sie erklärte, unsere Fragen nicht beantworten zu können, und es liegt mir nichts fern, als die Regierung in irgend einer Weise zu schwächen; ich wünsche sie im Gegentheil sehr stark, so stark, daß sie auch alleinstehend die Habe und in kräftiger Hand voranzutragen im Stande ist, der wir folgen wollen. Dies führt mich gleich zu einem Punkte, wo ich eine solche Ungenauigkeit des Programms finde. Es lautet der eine Satz: Wir wollen „möglichst“ zusammengehen mit den süddeutschen Nachbarn. Wo liegt das Ende dieser Möglichkeit, und wo können wir nicht mehr mit ihnen zusammengehen? Ich denke mir, daß dieses „möglichst“ so gemeint ist, daß wir nicht in jedem Falle, nämlich dann nicht mehr mit ihnen zusammengehen, wenn sie sich für andere Ziele entscheiden als wir. Es wird also auch die Möglichkeit einer Isolirung, die von Vielen so sehr gefürchtet wird, ins Auge gefaßt werden müssen. Ich glaube, im Augenblicke ist sie nicht zu befürchten; wenn nicht alle Umstände, die vorliegen, tragen, ist die erleuchtete Regierung ein harter Fort, daß nicht das süddeutsche Volk zweifelt, in einen Bürgerkrieg sich stürze. Die Stellung Bayerns scheint mir gegenwärtig unverkennbar eine sehr verschiedene gegenüber denjenigen, die unsere unmittelbaren Grenzländer haben, nämlich gegenüber Württemberg und Hessen. Man muß sich deutlich und offen aussprechen.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Stuttgart, Freiherr von Barmhüder, hat zwar in einer Kammerverhandlung in Abrede gestellt, daß er zusammen mit Graf von Bismarck und Herrn von Dalmwig einen besonderen engern Rath bei der Bam-

berge Konferenz gegenüber dem weiteren Rath gebildet habe. Das mag schon sein, daß die Herren sich nicht besonders konstituirten, im Uebrigen ist aber die Erklärung so auf Schraub-n gestellt, daß sie die Kriegslust kaum verdeckt. Daß in Sachsen, Württemberg und Hessen eine sehr kriegerische Politik getrieben wird, daß man den Friedensversicherungen dort nicht so unbedingt zu vertrauen hat, ist mir gewiß. Uebrigens droht uns, Dank der Haltung der bayerischen Regierung, zur Zeit, wie ich glaube, keine Gefahr, wenn wir uns von dem Bürgerkrieg fern zu halten suchen; aber im schlimmsten Falle ist auch die Isolirung nicht so entsehrlich gefährlich. Wenn man sich nur auf dem richtigen Standpunkte befindet, dann steht man nicht allein. Die richtige Politik ist die, den rechten Weg zu gehen, dann verliert man bei jeder Seitenstraße einige seiner Kameraden und steht schließlich allein. Das Sprichwort: „Selbst ist der Mann“ gilt auch in der Politik, wir haben dieses Prinzip in den letzten Jahren wiederholt als richtig erprobt und dürfen nicht als kindische Leute erklären, nur um keinen Preis der Welt allein bleiben! Es ist die schlechteste Politik, es ist gar keine Politik mehr, wenn man erklärt: „Ich bleibe unter gar keiner Bedingung allein.“ Damit verzichtet man auf jede Selbstbestimmung und überträgt den Anderen allein die Entscheidung. Also diese Angstpolitik muß auf das Energetischste zurückgewiesen werden. Es sind viele Menschen von der furchtbaren Angst erfüllt, eine Isolirung würde die Existenz unseres Landes kosten, wir würden mediatisirt werden. Ich glaube nicht, daß man in Stuttgart oder Darmstadt trotz aller Kriegslust der Regierungen daran denkt, uns zu vertheilen, das wollen wir ruhig abwarten. Ich fürchte nicht, daß wir von Württemberg oder Hessen mediatisirt, erobert werden, so schlimm ist die Sache nicht, es kostet nicht gleich den Hals. Freilich wird auch auf gefährlichere Gegner hingewiesen. Ich erinnere Sie an den famosen Artikel in der „Allg. Zeitung“, den Sie wohl Alle werden gelesen haben, in dem hyperkonservativen Blatt, das für das Recht gar nicht genug schwärmen kann und in dem berichtet wird, in Wien sey in sehr hohen, in sehr maßgebenden Kreisen das Wort gefallen: „Wenn Baden nicht Dreizehne parirt, wird es vertheilt.“ Ich halte das für kläglich, lediglich für kläglich; immerhin wirft der Artikel ein interessantes Streiflicht auf den Sinn, in welchem man sich dort für das Bundesrecht begeistert. Ja, wenn wir anerkennen werden, daß wir nicht pure thun, was man von uns will, dann ist die Annexion vollkommen sittlich. Ein anderer Punkt des Programms, der auch bestimmter und genauer seyn könnte, ist der, daß die große Regierung erklärt, sie wolle „vorläufig“ sich aus dem Streite partiellos zurückhalten. Auch hier entsteht die Frage: Wo ist das Ende dieses „Vorläufig“? Käuflich für alle einzelnen Fälle dies zu bestimmen, würde freilich sehr schwer seyn, allein ich glaube, der übrige Inhalt des Programms wird auch hier die nötige Erklärung geben. Abgesehen davon, daß wir gegen Jeden, der uns angreift, nicht mehr neutral bleiben, sondern selbstverständlich uns wehren, werden wir aus der Neutralität auch dann heraustreten, wenn es sich darum handelt, die deutsche Bundesreform mit parlamentarischer Grundidee gegen gewaltsam widerstrebende Gegner durchzuführen. Das ist der Hauptpunkt, auf den wir alle unsere Kräfte zu konzentriren haben; deutsche Reform mit Parlament, und wenn Jemand diesem entgegentritt, dann ist die Stunde gekommen, um für das Recht der deutschen Nation in den Kampf zu ziehen. Ich freue mich, daß das kurze Regierungsprogramm in dieser Beziehung durch die Ausführungen des Kommissionsberichts eine willkommene Ergänzung erfahren hat. In dem Kommissionsberichte ist mit aller Wärme, all der patriotischen Hingebung, die dieser Sache gebührt, ausgeführt, daß nur die Bundesreform uns eine wirkliche Verbesserung unserer Lage bringen kann. Nicht die schleswig-holsteinische Frage ist der Grund unserer Kalamität, sie ist nur der zufällige äußere Anlaß zu der heutigen Gefahr, und wäre diese Angelegenheit bereinigt, so kann jeden Tag irgend ein anderer Zufall uns wieder in die gleiche unentzerrliche Lage zurückbringen. Es handelt sich darum, die Machtverhältnisse in Deutschland richtig zu vertheilen, als es in dem Vertrage von 1815 geschehen ist, unsere nationalen Kräfte einseitig unter der Obhut eines Parlaments zusammenzufassen, damit unser deutsches Volk voll Geist und Bildung gebildet, das jetzt elend zerstückelt, schwach und jeder Bedrohung aus der Schule geschwächt, wenn ich sage, daß die große Regierung in der Kommissionsfassung mangelhaft hat, sie sey geneigt und bereit, den Antrag zu Weitem zu behandeln. Allerdings, was Preußen als Bundesreform bezeichnet hat, ist viel zu wenig, auch gegenüber den bedeutendsten Ansprüchen der deutschen Nation, allein es ist doch etwas, was entwickelt werden kann, wenn man es uns auch unentwickelt darbietet. Die dringendsten Punkte der Reform sind richtig bezeichnet und es ist durchaus nicht unmöglich, es ist bei ernstlichem gutem Willen nicht einmal sehr schwer, sich in allen angelegten Punkten über ein Maximum und ein Minimum der herzustellenden Einheit zu einigen, und dann kann das Parlament berufen werden. Ich vertraue aber, daß das deutsche Volk gestaltende Lebenskraft genug in sich hat, um vereinigt in einem Parlament, vertreten durch die besten Geister der Nation, eine Schöpfung hervorzuheben, die unsere Bedürfnisse auf die Dauer befriedigt. Ich habe mir erlaubt, in einigen Punkten zu bemerken, ich hätte ein etwas überflüssigeres, mehr in das Detail eingehendes Programm der Regierung gewünscht. Bei einem Punkte des Regierungsprogramms habe ich mich über das Schweigen sehr geäuert, fast mehr als über Alles, was gesagt worden ist, meine den Umstand, daß in dem Programm der Regierung nicht erwähnt worden die Rede nicht mit einer Sylbe angedeutet ist, sie wolle für die Vertheilung des Bundesrechts die Waffen ziehen. Ich halte es für eine Ehre um deutsches Volk, es für dieses Recht in den Krieg zu führen. Ich sehe von allen futuristischen Unterstellungen ab, ob bei einem Krieg zwischen Oesterreich und Preußen überhaupt noch von der Bundesreform die Rede seyn kann, es ist moralisch unmöglich, dem deutschen

Volk zuzumuthen: mordet Euch gegenseitig, zerstört Eure Wohlfahrt, vernichtet Eure Bildung für ein Bundesrecht, das nicht einmal den höchsten Ansprüchen gerecht zu werden im Stande war, das seit Jahrzehnten von Allen, vom Höchsten bis zum Niedrigsten, als ungenügend, als unwürdig eines mächtigen, großen Volkes erklärt worden ist. Es sind nur wenige Wochen vorüber, seit zum Schrecken Europas ein Mann, der seinen Worten einen furchtbaren Nachdruck verleihen kann, sagte: ich verabscheue die Verträge von 1815. Es ist dies auch für uns sehr bedeutsames Wort, das uns mahnen muß, auf der Hut zu seyn. Aber wir, wir haben das beste Recht, die Verträge von 1815 zu verabscheuen. Ich meine, wer ein Verständnis und ein Herz hat für unsere nationale Entwicklung, der kann uns nicht zumuthen: mordet Euch um dieser Verträge willen. Das Werk des Wiener Kongresses hat unsern Dank nicht verdient. Die Verfassung der deutschen Bundesakte hatten, ganz im Geiste der napoleonischen Rheinbundzeit nur das einzige Bestreben, die neu geschaffenen Souveränitäten um kein Härchen zu verkleinern, das Recht und das Interesse des deutschen Volkes kam ihnen zuletzt. Es gibt nur noch ein einziges europäisches Volk, das damals so schlecht und noch etwas schlechter als wir behandelt wurde, das ist Italien; Italien war nach dem berühmten Ausspruch des damals allmächtigen Metternich nur ein geographischer Begriff; aber fragen wir uns, die Hand auf der Brust, ist Deutschland nach der Bundesverfassung viel mehr als ein geographischer Begriff? Es ist unmöglich, für das Bundesrecht in den Krieg zu gehen. Es gibt ein Recht der Nationen, höher als alles andere, das ist das Recht, das ihnen Gott gegeben hat, sich eine Situation zu verschaffen, in welcher es ihnen möglich ist, ihrer Aufgabe, mitzuwirken an der Entwicklung der Menschheit, zu genügen. Der Bundesvertrag, seit lange unfähig zu einer positiven Leistung, soll jetzt wieder künstlich, gleichsam durch Elektrizität in Bewegung gesetzt werden. Die österreichische Regierung sucht und das ist von ihrem Standpunkte aus eine ganz richtige Politik, die Bundesmaschine zu ihren Gunsten in dem drohenden österreichischen Krieg in Bewegung zu setzen, sie hofft auf diesem Weg möglichst viele deutsche Staaten als Bundesgenossen zu gewinnen. Zuerst würde dieser Versuch, vor allen Dingen, in der famosen Note vom 16. März gemacht. Da sie, ohne Zweifel aus guten Gründen, streng geheim gehalten wird, während alle andern Depeschen schleunigt in die Zeitungen wandern, läßt sich über ihren Inhalt freilich nichts mit apodiktischer Gewißheit sagen; immerhin wird es als historische Thatsache zu gelten haben, daß schon in dieser Note Oesterreich die deutschen Bundesstaaten zur Theilnahme an dem Feldzug gegen Preußen unter dem Titel des Bundesrechts zu bestimmen suchte. Das blieb aber ohne Erfolg und jetzt wird ein neuer stärkerer Zug versucht, indem Oesterreich die Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Sache an den Bund überträgt. Es fällt mir nicht ein, die große Regierung zu interpelliren, wie sie in dieser Frage an dem Bunde votiren werde. Ich begreife, daß sie von einer vorläufigen öffentlichen Erklärung für die Folge ihrer Politik kaum irgend einen Vortheil, wohl aber manche Nachteile erwarten kann. Wir haben aber keine Rücksichten zu nehmen und ich glaube, für uns ist es geboten, uns offen und ohne Rückhalt auszusprechen. Man hat die Erklärung Oesterreichs als einen Triumph des Rechtes begriffen, die Rechte der Herzogthümer, welche die Hauptstützen der preussischen Krone sind, wieder hergestellt, und man freut sich über den reinen Gewinn, wie über den verlorenen und wiedergewonnenen Sohn, an dem man mehr Freude hat, als an dem wiedergewonnenen. Untersuchen wir einmal das Recht. Das ist eine wunderliche Vorstellung des Rechtes, die mit einem offenen Vertragsbruch beginnt. Ich habe zwar wohl gelesen, daß die Wiener Blätter zu beweisen suchen, Oesterreich habe mit seinem Schritt beim Bunde die Verträge mit Preußen nicht verlegt. Es ist aber trotz aller sophistischen Dialektik nicht zu läugnen, daß der Casseler und Wiener Vertrag und die andern Verabredungen mit Preußen durch Oesterreich verlegt sind. Diesen Verträgen zu großen haben wir, das deutsche Volk, alle Ursache: unsere Rechte sind dabei verlegt, sie sind die Ursache des jetzt drohenden Bürgerkriegs. Das erste irreparable Unrecht Oesterreichs gegen uns wird aber dadurch nicht gut gemacht, daß es ein zweites Unrecht gegen Preußen durch Vertragsbruch hinzugefügt. So ist es auch im Privatleben; wenn ich durch einen Vertrag mit dem A das Recht des B verlege, kann ich mein Unrecht nicht dadurch wieder gut machen, daß ich dem A mein Versprechen nicht halte. Die Erklärung, mit welcher Oesterreich die Entscheidung dem Bund übertrug, ist ziemlich unklar, und es ist schwer zu verstehen, was eigentlich gemeint ist. Jedemfalls hat aber der Bundesvertrag kein eigentliches Entscheidungsrecht über das Successionsrecht in den Herzogthümern. Ich will nicht davon sprechen, daß Schleswig kein Bundesland ist; und die oft gemachte Bemerkung, Schleswig sey untrennbar mit Holstein verbunden, müßte also diesem folgen, ist eine sehr zweideutige Waffe, man könnte zu unserm Nachtheil die Sache auch umkehren. Aber ganz abgesehen davon, kann der Bundesvertrag nach dem Bundesrecht, wie es auch von der großen Regierung von jeher aufgefaßt wurde, nicht über das Successionsrecht in den Herzogthümern entscheiden, er kann nur feststellen, einen bestimmten Fürsten als Herzog von Holstein anerkennen und einen Bundesstagsgesandten desselben zulassen. Unsere Regierung hat seiner Zeit mit fähiger Entschlossenheit den Herzog von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt. Wären alle deutschen Regierungen, oder nur so viele, um die Majorität am Bundestag zu haben, diesem preiswürdigen Beispiel rechtzeitig gefolgt, dann wäre ohne Zweifel die Sache leicht gelöst und wir wären nicht in der heutigen trostlosen Lage. Aber damals haben andere Regierungen gezögert und darunter auch solche in einem Nachbarland, die jetzt recht feurig für Bundesrecht selbst um den Preis eines Bürgerkriegs schwärmen. Was ist das Resultat, wenn jetzt der Bundestag verspätet den Herzog von Augustenburg als Herzog von Holstein anerkennt? Es ist dann durch eine europäische Macht, leider die schwächste von Allen, ein Souverän anerkannt, ohne eine de facto Regierung, und damit ist ziemlich fest stehenden Grundzügen des heutigen

Bölkerechts entgegengedehandelt. Es ist kein Unrecht, aber verfehrt und unzuverlässig, ohne Aussicht auf Erfolg einen Souverän anzuerkennen, der faktisch keine Regierungsgewalt hat. Eine de facto Regierung des Herzogs von Augustenburg kann aber nur hergestellt werden im Bürgerkrieg durch Gewalt und von Seiten Oesterreichs mittelst eines Vertragsbruches. So liegt die Sache juristisch. Die juristische Seite ist aber wahrlich hier nicht allein entscheidend, es gibt noch andere politische, moralische, sittliche Forderungen, die nicht unbeachtet bleiben können. Es gibt kein legitimes Successionsrecht in der Welt, um dessentwillen es gerechtfertigt wäre, eine Nation von 40 Millionen Menschen sich zertheilen zu lassen. Ich habe keinen Anlaß, über das Recht des Herzogs von Augustenburg zu urtheilen oder ihm zuzumuthen, er solle irgend ein Theilchen desselben aufgeben. Wenn aber in der Sache, die uns Alle bewegt, so viel von Sittlichkeit die Rede ist, so kann auch wohl an Denjenigen, um dessentwillen uns der Bürgerkrieg bedroht, eine sittliche Forderung gestellt werden. Mir scheint, eine etwas größere, aber geringere Beschränkung seiner Rechte ist kein Grund, daß Tausende deutscher Männer in Schlachten sich verblüthen und unser ganzes Volk den äußersten Gefahren ausgesetzt werde. Man beruft sich auch auf das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner, ich werde mich auch darüber äußern. Ich hoffe, ich werde nach meiner Vergangenheit Glauben finden, wenn ich versichere, ich verabscheue die Politik der Gewaltthat, der Hinterlist, der Winkelzüge, der jeden Rechtsbegriff, wie sie seit Jahr und Tag in Schleswig-Holstein geübt wird. Ich hoffe, es wird irgend wie gelingen, auch dort einen befriedigenden Rechtszustand herzustellen. Aber im Bürgerkrieg über den Staat herzufallen, ohne den eine Reform Deutschlands unmöglich ist, um das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer in seinen äußersten Konsequenzen durchzusetzen, das geht nicht. Es gibt ein Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber es steht nur der Nation im Ganzen zu. Nicht die schleswig-holsteinischen Stände, eine sehr aristokratisch zusammengesetzte Versammlung, die unter ganz anderen Verhältnissen gewählt und in einem zwar gerechten, aber leidenschaftlichen Kampfe vertheilt ist, kann über die Zukunft unseres Volkes entscheiden, das kommt nur dem deutschen Parlament zu; dieses wird die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg und die notwendigen Forderungen für Deutschland in Einklang zu bringen wissen. Wir möchten uns aber zum Gespött aller gebildeten Völker, wenn wir jetzt, nachdem wir Jahre lang mit allem Nachdruck erklärt haben, zum Heile Gesamtdeutschlands müssen die Partikularsouveränitäten bis zu gewissem Grade beschränkt werden, zu den Waffen greifen, um im Bürgerkrieg eine neue unbeschränkte Souveränität anzurichten. Wenn ich auf unsere verworrenen Verhältnisse, auf die ungeheure Aufregung, auf die Unklarheit der Wünsche und Bestrebungen hinsehe, wie sie im Gange des Kommissionsberichts nur allzu wahr geschildert sind, so möchte ich dem deutschen Volke die Warnung zurufen: Gebt Acht, wer sind diejenigen, die heute für das Recht der Legitimität, für die Herrlichkeit des Bundesstages schwärmen, der unter österreichischer Führung den Bürgerkrieg in Deutschland entzünden soll? Es scheuen sich unter der Fahne unserer Gegner alle unstaatlichen und alle antisstaatlichen Elemente zusammen. Ich will mit den edelsten derselben beginnen, denn auch an solchen fehlt es unter unsern Gegnern nicht. Es gibt in Deutschland eine Menge der trefflichsten Männer, denen es nach ihrer ganzen Anschauungsweise unmöglich ist, über das Recht der Individualität hinauszukommen. Die gewaltigen Verhältnisse des Staats- und Völkerechts lassen sich aber nicht nach den Regeln der Privatmoral bemessen. Gewiß, der einzelne Staatsmann ist an das Recht, an die Forderungen der Sittlichkeit gebunden und Derjenige, der nicht ein heiliges Feuer für Recht, Freiheit und Wahrheit in sich trägt, kann zwar, auch das hat die Geschichte vielfach gelehrt, große, gewaltige Erfolge erringen, das höchste Ziel wird er aber nicht erreichen, ein Staatsmann im schönsten und stolzen Sinn dieses Wortes ist er nicht. Aber der Maßstab des Privatrechts paßt nicht auf das öffentliche Leben. Das Wohl eines ganzen Volkes kann durch keinen einzelnen Rechtsanspruch aufgewogen werden. Was man das augustinburgische Recht noch so hoch anschlagen, daraus folgt noch lange nicht, daß es politisch oder sittlich zulässig wäre, daß wir der deutschen Nation die furchtbare Opfer, vielleicht das Opfer ihrer ganzen Zukunft zumuthen, um das Recht eines Einzelnen durchzusetzen. Ich habe bisher von den unstaatlichen Elementen gesprochen, die uns aus einem edlen, aber hier nicht entscheidenden Gefühl dahin bringen wollen etwas zu thun, was die Nation vor der Gefahr des Untergangs stellt. Weit schlimmer sind die antisstaatlichen Elemente, die sich gegen uns erheben; ich will sie kurz bezeichnen, es sind die Schwarzen und die Rothben, welche heute für das Bundesrecht und Oesterreich schwärmen. Wir haben die Schwarzen seit Jahr und Tag zur Genüge kennen gelernt, wie sie mit maßloser Agitation nicht bloß die Regierung besiedelten, sondern den Staat selbst bekriegten. Sie hegen heute unter dem Titel des Rechts zum Bundestage gegen den Staat, an dem die deutsche Zukunft hängt, Mißthun, hat sich die rothe Straßendemagogie verbunden, die mit gemeinem Neid gegen alles Große anfängt, bloß deshalb, weil es hervortragt. Wir haben es vor 18 Jahren erfahren, was diese Leute wollen. Unser Bürger und Bauer, in harter Arbeit geküßelt, wird wissen, was es zu bedeuten hat, wenn diese Vögel ihre Lieder pfeifen. Wenn da die Augen nicht aufgehen, wenn er die Schwarzen und die Rothben in realistischem Bunde sieht, dem ist nicht zu helfen. Armes deutsches Volk, man reizt dich zum Bürgerkrieg angehend für deutsches Recht, für deutsche Freiheit und Größe, und in Wahrheit soll nur die deutsche Ohnmacht in unserer kläglichen Zerstückelung herbeigeführt werden. Ich hoffe, die große Regierung wird Hart und klug und energisch an dem von ihr aufgestellten Programme festhalten, sie wird es verstehen, uns glücklich aus dem drohenden Unheil hinauszuführen, und in diesem Sinne und im Sinne des Berichtes werde ich für die Bewilligung des angeforderten Kredites stimmen.

Graf von Berlichingen: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Ich betrachte die heutige Diskussion als die Fortsetzung der Beratung in der Sitzung vom 14. v. M. und Alles, was ich damals gesagt habe, werde ich heute Wort für Wort aufrecht erhalten und mir Mühe geben, mich so kurz wie möglich zu fassen.

Vor Allem muß ich dem Herrn Ministerialrath Jolly auf Einiges erwidern: Er verlangt von meiner Loyalität, daß ich erkläre, ob ich dem Programm der großh. Regierung auch heute noch zustimme. Herr Ministerialrath Jolly soll nicht vergeblich an meine Loyalität appelliren. Ich habe damals schon ausgesprochen und sage es heute wieder, daß ich dem Programm zustimme. Es scheint aber, das Programm ist so dehnbar, daß es Jedermann für sich anslegen kann oder es ist ein wahres Meisterstück, daß man gar nichts daran auszusagen findet. Ich wiederhole, daß ich ein unerschütterliches Vertrauen zu großh. Regierung habe und ihr zustimmen werde. Wenn die Regierung bei jeder Gelegenheit erklärt hat, daß sie auch den Antrag des Grafen von Bismarck nicht von der Hand weisen werde — ich erinnere mich nicht mehr so genau an diesen Punkt — so werde ich darin allerdings nicht mit der Regierung gehen; dies hindert mich aber nicht, ihr im ganzen Großen zuzustimmen. Was Herr Ministerialrath Jolly gesagt hat über Oesterreich, werde ich nicht zu widerlegen suchen, denn wir werden uns darüber nie vereinigen und wechselseitig befehren. Allein das Eine bemerke ich, daß Oesterreich doch auch vertriebt, etwas deutsche Politik zu treiben, indem es, wie bekannt, dem Wunsche des deutschen Volkes nachgekommen ist und die hollsteinischen Stände einberufen hat. Herr Ministerialrath Jolly hat dies zwar beklagt, ich aber begrüße es mit großer Freude. Ich wollte, Oesterreich wäre nicht ein einziges Mal von dem Bundeswege abgegangen, allein zur Neue ist es nie zu spät und deshalb treue ich mich darüber.

Was die Aufstellung des 8. Armeekorps betrifft, welche Herr Ministerialrath Jolly als wahren Schrecken und Gespenst angesehen hat, so wird es doch dahin kommen, ja es muß dahin kommen, daß es aufgestellt werde, und ich hoffe bald. Allein eine Aufklärung möchte ich mir erbiten, was Herr Ministerialrath Jolly unter dem fremden Führer dieses Armeekorps versteht? Der Herr Redner glaubt, Baden könne möglicherweise auch allein stehen; dies kann geschehen, so lange man ihm nichts thut, allein es können auch Fälle kommen, wo man dies gewiß sehr bedauern würde. Auf die einzelnen Punkte werde ich noch zurückkommen.

Ich gehe zum Kommissionsbericht über. In diesem ist Wahres gesagt, was ich billige, aber Vieles, mit dem ich nicht übereinstimme, und indem ich mich hierüber ausspreche, werde ich mich möglichst kurz fassen. Es wird zuerst Seite 1 unseres Berichtes die Uebereinstimmung mit dem Berichte der 2. Kammer konstattirt. Der Bericht der zweiten Kammer kann hier nicht Gegenstand der Diskussion seyn, es ist dies nicht parlamentarisch. Ich komme also zu Pagina 2, wo der Bericht sagt, daß die Kriegsurkunden der Nation nicht deutlich bezeichnet und noch weniger die Kriegsjahre genannt worden seyen, für welche die Völker Deutschlands ihre theuersten Güter wagen oder opfern sollen. Einestheils mag dies wahr seyn, in Preußen wissen sie allerdings nicht, warum sie in's Feld ziehen, allein wir, hierlandes, werden nicht in Zweifel seyn, wofür wir unsere kostbarsten Güter opfern sollen. Ich bin wenigstens vollkommen im Klaren. Ich bezeichne diesen Kampf als einen Kampf für deutsches Recht und deutsche Freiheit gegen großpreussischen Uebermuth und Tyrannei, ich bezeichne ihn als Kampf dagegen, daß Deutschland nicht in Preußen aufgehen will. Das ist eines Kampfes werth und dieser Kampf wird hoffentlich ein siegreicher seyn. Ich bin kein Feind von Preußen und wenn ich in diesem Veracht stünde, müßte ich mich dagegen verwahren. Ich achte und ehre das preussische Volk in vielfacher Hinsicht und habe vielen Sinn für das Haus Hohenzollern, dem so viele berühmte Männer entsprossen. Allein nicht gegen das preussische Volk, nicht gegen das Königreich Preußen soll Krieg geführt werden, sondern gegen das Großpreussenthum mit seinem Säbelgerassel, gegen das Großpreussenthum mit seinem Uebermuth, der nicht weiß, was es heißt, ein deutsches Vaterland zu haben. Man muß in Preußen einsehen, daß es noch Deutsche in Deutschland gibt, die den Muth haben, für sein Recht zum Schwert zu greifen, wenn es nothwendig ist. Dieses Großpreussenthum muß nicht allein bekämpft, sondern auch gedemüthigt werden, dann werden wir Frieden haben. Es ist in dem Bericht weiter gesagt, daß ein tiefes Mißtrauen sich in die Gemüther eingeschlichen habe. Darin stimme ich vollkommen mit dem Herrn Berichterstatter überein, und zwar sind nach meiner Meinung 4 Punkte vorhanden, welche alle Ursache dazu gegeben haben. Für's Erste war es wahrhaft niedererschlagend für jeden Patrioten, daß ein deutscher Staat Spießgesellen im Auslande sucht, um sie als Helfershelfer zu brauchen gegen einen deutschen Bundesstaat, der in Venetien die Sicherheit der deutschen Grenzen verteidigt.

Das Zweite ist, daß der höchstgestellte königl. preussische Beamte in Schleswig öffentlich erklärte, daß die Schleswiger nur die Wahl hätten, dänisch oder preussisch zu werden.

Der dritte Punkt ist, daß die königl. preuss. Großmacht in Paris um Zustimmung buhlt — man möchte sagen bettelt — um Zustimmung zu ihren Sonderzwecken, die ein Verrath am deutschen Vaterland genannt werden können, und

Viertens, daß die Bundesreform in Paris zur Sprache gebracht werden soll und schließlich noch Rügen und Kosaken darüber berathen werden, was Deutschen Noth thut.

Das deutsche Volk hat deshalb Ursache, mißtrauisch zu seyn, darin stimme ich mit dem Herrn Berichterstatter überein. Ich für meine Person bin noch besonders mißtrauisch und, da ich mich nicht gerne verbrenne, lege ich deshalb die Hand nicht in's Feuer, daß es sich nicht auch um eine Gebietsabtretung handelt u. d. d. Grund und Boden verschachtet wird. Das wäre aber eine Schmach, von der man nicht glauben sollte, daß man im Jahr 1866 noch so etwas erleben würde. Allein ich, der konservative Grundherr, erkläre, daß an dem Tage, an dem deutsches Gebiet verschachtet wird, ich Republikaner werde, denn wenn die Monarchen keine Ehre mehr im Leide haben, dann muß man sie abschaffen und ich würde, wie gesagt, lieber der rothen deutschen Republik huldiigen, die das Ganze zusammenhält, als diesem Großpreussenthum, das seine Existenz der Gnade des Auslandes verdankt, das deutsche Volk verrathen und verschachtet hat, und seine erbärmliche Existenz nur der Gnade des Auslandes zu danken hat. Des Vaterlandes Größe und des Vaterlandes Ehre ist mein erstes Prinzip.

Herr Minist. Rath Jolly bemerkte, er habe eine Vergangenheit, auf die er mit Befriedigung zurückblicken könne; auch ich habe eine Vergangenheit, auf die ich mit Zufriedenheit zurückblicken kann und

Beilage zur Badischen Landeszeitung: Stenographischer Bericht über die Sitzung 1. Kammer vom 7. Juni 1866.

man hat mich nie bei den Rothem oder Schwarzen gesehen, wohl aber bei den Deutschen, und bei diesen wird man mich immer finden. Wie demokratisch, wie weit in der Verkommenheit man in Berlin theilweise gegangen ist, mag man daraus ersehen, daß Blätter, die sich konservativ nennen, die ich aber destruktiv nenne, den religiösen Fanatismus angerufen haben. Ich stehe nicht an ein solches Mittel insam zu nennen. Es wird da gesagt, der Krieg werde ein Krieg des Protestantismus, der Lichtfreunde, gegen den Katholizismus, die Dunkelmänner und ich stimme von ganzem Herzen in Das ein, was der Präsident des Oberkonfessionsraths in München von Harlek sagte: es ist ein doppelter und dreifacher Verrath, religiöse Anschauungen in diesen Krieg zu verwickeln. Im Berichte ist auf Seite 2 auch mit einem gewissen Unmuth angeführt, daß die extremen Parteien hervortreten und sich in der Sache brüderlich die Hände reichen, um schließlich die Sache für ihre Sonderzwecke auszubenten. Ich finde dies sehr erfreulich, daß wenn das Vaterland in Gefahr ist, sich die Parteien die Hände bieten. Ich erinnere in dieser Beziehung an die schlechwig hollsteinische Angelegenheit. Als damals überall dafür agitirt wurde, sagte man mit großem Stolz, die Rothem und Schwarzen gehen zusammen, Alles ist ganz brüderlich einverstanden, weil das Vaterland in Gefahr ist. Warum soll das jetzt nicht der Fall seyn? Allerdings hatten damals die Herren Gothaer das Heft noch ausschließlich in der Hand und deshalb nannten sie das Zusammengehen erfreulich. Jetzt aber, wo auch das Vaterland in Gefahr ist, nennt der Bericht das Zusammengehen bedenklich. Ich möchte aber endlich doch wissen, was die Partei, der ich angehöre, für besondere Zwecke hat? Des Vaterlandes Größe ist mein einziger Zweck und damit stimmen Viele mit mir überein.

Es heißt auf Seite 3 des Berichtes, daß die Willkür Soldaten sicherlich nicht für die Dynastie des Herzogs von Augustenburg aufgestellt worden sey. Damit stimme ich vollkommen überein, auch ich glaube nicht, daß man deshalb diese Willkür Soldaten aufstellte. Ich würde dies auch sehr beklagen, allein es handelt sich hier nicht um Personen, sondern um Thatsachen, es handelt sich darum, ob ein Recht und zwar ein Volkrecht noch bestehen soll, oder ob jenes unzertreute Säbelgerassel hinweg, um an die Stelle des Volksrechtes die rothe Gewalt, ein wahres Faustrecht wieder einzuführen. Es ist eben dies eine prinzipielle Sache. Es handelt sich nicht um die Erbhaft eines Landes von einer längst verstorbenen Tante, sondern um ein Volkrecht und wir wollen das Selbstbestimmungsrecht nicht so ohne Weiteres bei Seite schieben, denn unser Hausrecht gesehen hat, dem könnte es angst und bange werden, was eventuell noch aus uns werden kann. Wenn Oesterreich nun für dieses Volksrecht die Truppen marschiren läßt, so ist dieses nur außerordentlich respektabel. Wohin kamen wir kleine Staaten, wenn wir den Rechtsstandpunkt verlassen? Man möge bedenken, daß unser Land lediglich nur Beträgen seine Entstehung verdankt und daß es nur durch die Achtung vor dem Rechte besteht. Der Bericht sagt ferner, es handelt sich um die Oberhand in Deutschland; das ist möglich, allein wir dürfen solche Hintergedanken nicht auskommen lassen.

Wenn man mich fragt, wer soll der Herr in Deutschland seyn, so sage ich Niemand speziell. In Deutschland sollen weder Oesterreich, noch Preußen die Herren seyn, sondern die Deutschen. Es ist aber ganz klar, daß wenn wir bloß zusehen und nicht für das Recht einsehen, wir dies in der Folge bitter zu bereuen haben werden, weil wir Kleinstaaten nur noch zu pariren haben werden und dann wehe uns!

Ueber die Bundesreform, durchlauchtigste, hochgeehrte Herren, brauche ich wohl kein Wort mehr zu verlieren. Ich glaube, wir sind darin so einig, daß es fast Schade ist, daß man noch darüber spricht und es ist dies einer der wenigen Punkte, in denen ich mit Herrn Minist. Rath Jolly übereinstimme. Es ist ganz natürlich, daß es nicht so bleiben kann, wie es jetzt ist. Die einzelnen Staaten müssen etwas von ihrer Souveränität opfern, der Kampf mag ausgehen, wie er will, und ich denke, daß der Krieg Lobenstein und wie sie alle heißen, wohl einsehen, daß von ihrer unbedingten Souveränität das Wohl und Heil von Deutschland nicht abhängt. Es wird jedenfalls die militärische und diplomatische Leitung Deutschlands wo möglich in einer Hand vereinigt werden müssen, allein ich will eine deutsche militärische und diplomatische Führung und Leitung und keine großpreussische. Das ist nun der Punkt, in welchem wir wieder sehr verschiedener Ansicht sind. Seite 4 des Berichtes ist gesagt, daß man den Krieg wenn möglich verhindern solle, und damit bin ich einverstanden; es heißt weiter, man solle nicht zum Kriege reizen; auch damit bin ich einverstanden, denn eine Reizung zum Kriege ist ein böhsches Mittel, das für Staaten nicht paßt. Es heißt auch, man solle den Krieg nicht legitimiren. Damit bin ich nicht einverstanden. Wenn der Frieden gebrochen und deutsches Recht mit Füßen getreten wird, dann ist es die Pflicht jeder Partei, Demjenigen beizustehen, der gegen Tyrannei und Uebermuth auftritt, dann muß der Krieg die nationale Weihe erhalten, er muß legitim werden.

Herr Minist. Rath Jolly und der Herr Berichterstatter haben sich lobend über Bayern geäußert und von meinem Standpunkte aus sollte ich daher mißtrauisch gegen Bayern seyn, allein ich bin doch nicht mißtrauisch, Bayern wird wissen, was es zu thun hat, es wird nicht wagen, noch einmal eine Politik à la Montgelas zu treiben. Einmal konnte die schmähvolle Zeit des Rheinbundes ungefragt hingehen, das zweite Mal hoffe ich aber, werde das deutsche Volk zu Reicht sitzen über Vaterlandsverräther und ein Urtheil fällen, so streng, wie noch gar nie eines gefällt wurde. Es sey bei dieser Gelegenheit, weil ich den Rheinbund berührte, noch erwähnt, daß Herr Minist. Rath Jolly meint, daß die Kroaten, Magyaren und Panuren nicht erwarten können, bis sie die gesegneten Fluren Deutschlands verheeren und verbrennen können. Wir wollen aber nicht vergessen, daß unsere Landesinder in Spanien, bei Bagram, Mosern und Leipzig ihr Blut vergossen, nicht für das Vaterland, sondern im fremden Interesse für eine erbärmliche Kabinettpolitik und damals sochen die vielfach geschmähnten Magyaren und Slaven für die deutsche Freiheit gegen fremde Tyrannen und Gott sey Dank, sie haben gesiegt. Hätten sie damals nicht gesiegt, wer weiß, wie es heute noch bei uns aussehe.

Vergessen wir auch nicht, daß es Magyaren und Polaken waren, welche in jüngster Zeit in Schleswig den Königberg erfürmten, sie sochen auch da für die deutsche Sache und vergossen ihr Blut dafür. Vergessen wir das nicht, seyen wir ihnen dankbar dafür. Man lobte die bayerische Thronrede, ich dagegen lobte mir die württembergische. Diese hat mein Herz erfreut wie lange nichts und hätte man sich überall mit dieser Enschiedenheit ausgesprochen, dann würde vielleicht der Krieg verhütet worden seyn, es zeigte sich in dieser Rede etwas Frisches, Kräftiges, nichts

Halbes und Feiges. Ich bin der unmaßgeblichen Meinung, wie ich schon in der Kommissionssitzung bemerkte, daß dieser Krieg unmöglich wäre, wenn die Mittelstaaten einzig zusammenhielten u. sagen würden, wir leiden den Krieg nicht, wer den Frieden bricht, auf den werden wir losgehen. Es werden sich dann die Großmächte bekümmern. Wenn es aber zum Kriege kommt, müssen alle Mittelstaaten zusammenhalten und werden den Niederzuwerfen haben, der im Unrecht ist. Wir dürfen nicht abwarten, bis die beiden Großmächte sich verblutet haben, denn wenn dies geschehen ist und unser westlicher Nachbar kommt, werden wir keinen Widerstand leisten können. Ich betrachte es als eine Illusion, wenn man meint, die Mittelstaaten könnten Front gegen Frankreich machen. Wenn unsere Truppen wie die Spartaner kämpfen, woran ich nicht zweifle, so werden sie nichts seyn, als Schlachtopfer. Wir müssen deshalb darauf ausgehen, daß der Kampf zwischen den beiden Großmächten ein möglichst kurzer sey und zwar, daß man Denjenigen niederwirft, der im Unrecht ist. In dem Berichte ist weiter gesagt, wenn der Krieg ausgebrochen ist, gibt es nur Kriegsparteien und Neutrale. Das ist ganz richtig. Wenn aber der Krieg ausgebrochen ist, dann wollen wir aufhören, neutral zu seyn und für das Recht einsehen.

Ich will nun die Punkte a bis f auf Seite 5 des Berichtes durchgehen: mit dem Punkte a bin ich einverstanden, mit jenem unter b aber nur theilweise. Man kann allerdings nicht sagen: ich gehe mit Oesterreich oder Preußen durch Dick und Dünn, allein man muß doch erklären, daß man mit Demjenigen gehen werde, der recht hat, denn wenn man dies nicht thut, so sehe ich darin eine Gemütherung des Friedensförderers. Was der Satz c sagt, daß der Kriegsschauplatz auf das Gebiet der beiden streitenden Großmächte beschränkt werden solle, so ist dies ein frommer Wunsch, den man im Stillen hegen kann, allein ausgesprochen hätte ich ihn nicht. Es erinnert mich dies unwillkürlich an das vermeintlich christliche Gebet: Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' andre an! Man muß dem deutschen Vaterlande auch Opfer bringen können.

Was über die Exekution im Bericht gesagt ist, damit bin ich nicht einverstanden. Wenn der deutsche Bund sich zusammenschließt und eine Exekution beschließen sollte, dann hoffe ich, daß Baden sich einem solchen Bundesbeschlusse anschließen werde. Man muß zeigen, daß in Deutschland noch Recht und Gesetz besteht. Ich erlaube mir nur daran zu erinnern, wie vor 5 Jahre alles Feuer und Flamme war, damit man Exekution gegen Kurhessen beschliesse, man müsse dieser Mißregierung ein Ende machen u. s. w. Ich denke denn doch, daß man nicht den Grundtag aufstellt, daß man — um mich gelinde auszudrücken — die kleinen Sünder aufhängt, die großen dagegen laufen läßt. Wenn sich die Regierung von jeder Aktion lospricht, so wird eben das Land gefährdet seyn, wir mögen es machen, wie wir wollen und wenn wir auch 50,000 Mann Volkswehr haben. Herr Minist. Rath Jolly hat gesagt, daß unser Land nach der Auesage eines Staatsmannes in Wien als Kompensation nach dem Kriege dienen solle. Auf der andern Seite habe ich von Berlin aus gelesen, daß die preussische Regierung die bestimmte Versicherung gegeben habe, die Existenz unseres Landes sey nicht gefährdet, man werde dafür einstehen. Dies ist aber nur eine Gothaer Versicherung; macht die Gothaer Versicherungsgesellschaft gute Geschäfte, so sind wir gut versichert, macht sie aber schlechte Geschäfte, so werden auch wir schlecht wegkommen.

Es wird im Berichte weiter gesagt, man müsse der Regierung dankbar seyn, daß sie nicht früher mobil gemacht habe.

Diesem Danke kann ich mich erst dann anschließen, wenn die Truppe schlagfertig ist in dem Moment, in dem man sie braucht. Ist sie es aber in diesem Momente nicht, dann werde ich der Regierung nicht danken, sondern beklagen, daß die Regierung hier nicht fernsichtiger war.

Daß die Pferde nicht früher angekauft wurden, dafür sind wir mehr der zweiten Kammer zum Dank verpflichtet, welche die Sache so reiflich überlegte, daß sie dazu 4 Wochen gebraucht hat. Allerdings haben die Pferde indessen keinen Hafer gefressen und das ist eine Ersparnis, allein vor 6 Wochen hätte man die Pferde um 5 bis 6 Louis' dor per Stück billiger erhalten und sie hätten jetzt Hafer gefressen statt Heu und hätten Kraft.

Was die geforderten Kreditsummen anbelangt, so stimme ich für selbe, nicht aber für die beiden anderen Punkte, die der Herr Berichterstatter beantragt hat.

Was nämlich den ersten Wunsch zu Protokoll betrifft, die großh. Staatsregierung möge im Verein mit ihren Bundesgenossen auf beschleunigte Einberufung eines deutschen Parlaments hinwirken, so kann ich diesem Antrag in dieser Form nicht zustimmen, namentlich deshalb nicht, weil mir immer noch dabei durchsichtig scheint, daß man nicht abgesehen ist, auf den preussischen Vorschlag einzugehen. Ein deutsches Parlament wünsche ich auch von Herzen. Was ich jedoch von diesem großpreussischen Parlament denke, habe ich schon am 14. Mai gesagt, nachdem aber Herr Minist. Rath Jolly heute mit so berebten Worten dafür gesprochen hat, so will ich mit meinen schwachen Kräften mich noch einmal dagegen äußern. Ich betrachte es als eine Ehrensache für alle deutschen Abgeordneten, sich zu erklären, mit einer Regierung wie die preussische jetzt ist, lassen wir uns nicht ein. Die preussischen Abgeordneten — man mag mit ihnen einverstanden seyn oder nicht — sind unsere Kollegen, die man mit Hohn und Spott nach Hause geschickt hat und es ist nur eine kollegialische Rücksicht, die man ihnen schuldig ist, daß man sich erklärt, wie ich eben andeutete. Wenn ich einer Einladung des Bismarck'schen Parlaments folgen würde, so würde ich mir vornehmen wie ein Sklave, der heute die Peitsche und morgen das Brod aus derselben Hand erhält und sie dann noch küßt. Lieber würde ich Hungers sterben, als aus dieser Hand etwas annehmen. Ich unterlasse es bis auf Weiteres, einen Antrag wegen des ersten Punktes, der das Parlament betrifft, zu stellen, behalte mir dies jedoch vor und zwar in der Fassung, wie sie von der zweiten Kammer angenommen wurde. Was den zweiten Punkt des Antrags betrifft wegen der Organisation der Volkswehr, kann ich mich im Allgemeinen demselben anschließen, obgleich ich wiederhole, daß ich es als Gewissenssache betrachte, im jetzigen Augenblicke eine Volkswehr aufzustellen. Hätte man dies vor 50 Jahren gethan, dann wäre es auf die Söhne und Enkel übergegangen und man wüßte jetzt nichts Anderes als, ich muß das Gewehr führen, und dieser Gedanke wäre jetzt nicht mehr so bedenklich. Allein die Befürchtungen, die damit eingebracht werden — denn es ist dies nicht etwas Populäres — sollte man vermeiden. Damit steht auch die Jugendwehr und Dergl. in Verbindung. Ich halte es aber, nachdem wir 50 Jahre

lang für das stehende Heer ungefähr 100 Millionen verausgabt haben, nicht für billig, das man die verheirateten Männer der Familie und dem Geschäfte entziehen. Sollten die gegenwärtigen Dinge geordnet sein oder der Krieg nicht ausbrechen, dann könnte diese Frage einer Erwägung unterzogen werden. Diesen zweiten Punkte werde ich daher zustimmen, dem andern bis jetzt nicht.

Herr Staatsminister Dr. Stabel: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Ich kann vor Allem den Wunsch nicht unterdrücken, daß uns eine Armee zur Seite stünde, die so großartig, so feurig und zuversichtlich wäre, wie die erste Rede, die wir heute hörten, wir könnten dann mit aller Festigkeit Deutschland für Erhaltung des Friedens zur Seite stehen.

Weiter kann ich mich auf das Einzelne, weder der ersten, noch der zweiten Rede einlassen, denn sie sind beide aus einer Parteinahme hervorgegangen, und die große Regierung hat sich als Grundgesetz aufgelegt, alle Parteinahme, und deshalb auch alle Erklärungen zu vermeiden, daß sie auf der einen oder andern Seite stehe. Die große Regierung hat schon in dem andern Hause erklärt, daß sie die allgemeinen Betrachtungen über die gegenwärtige Lage der Dinge, und die Normen für das Verhalten der großen Regierung, wie sie in dem Berichte der zweiten Kammer auseinander gesetzt sind, nicht vollständig zu den ihrigen machen kann. Diese Erklärung muß die Regierung auch in Bezug auf den Bericht dieses hohen Hauses abgeben, sie kann nicht unbedingt Alles unterschreiben, was in diesem Berichte gesagt worden ist. Namentlich scheint dieser Bericht an einer entscheidenden Unvollständigkeit zu leiden, denn es ist ein Punkt darin übergegangen worden, der in unseren Verhältnissen eine größere Rolle spielt und spielen muß, als man ihm zurechnet. Es wird in dem Berichte alles Gewicht auf die Lösung der schleswig-holsteinischen und der Bundesreform-Frage gelegt und daraus eine Schlussfolgerung für das Verhalten der großen Regierung gezogen. Die große Regierung hat von jeder dieser nationalen Fragen eine sehr warme Theilnahme zugewendet und sie wird sie auch in Zukunft nicht aus den Augen lassen, allein es gibt noch andere Rücksichten, die wir auch nicht übersehen dürfen, die uns nach Umständen noch näher angelegen sein können, als jene Fragen. Ein Schiffer auf tosender, sturmbewegter See — um ein Beispiel anzuführen, wie ein ähnliches schon vorgebracht wurde — wird im Augenblicke der Gefahr weniger daran denken, wie er am schnellsten sein Entziel erreicht, sondern darauf hauptsächlich bedacht sein, sein Schiff vor dem Untergange zu retten. Ebenso ergreift es uns. Es ist unsere erste und heiligste Pflicht, für die Erhaltung der Integrität unseres Landes, die Erhaltung des badiischen Thrones einzustehen und zu wachen. Auch der wärmste Antheil für die nationalen Fragen wird uns von dieser Pflicht nicht losjagen können, sie muß uns stets die heiligste bleiben. Daß uns aber für jene Güter von mancher Seite her schwere Eventualitäten und Gefahren drohen können, das ist wohl Jedem von uns, nicht nur jedem Baden, sondern jedem Angehörigen eines mittlern oder kleinen Staates unzweifelhaft. Dies ist auch offen in den jüngsten Thronreden ausgesprochen worden und wir dürfen deshalb kein Geheimniß daraus machen. Wenn einmal die Kriegsfurie losgebrochen ist und der Krieg namentlich als Amerikankrieg betrachtet wird, dann hört der ordentliche Rechtszustand auf, es tritt, wie im Privatrechte, der Stand der Nothwehr, oder der Nothstand ein und die Gebote der Selbstbehaltung sind es, welche die Gesetze für das Handeln diktiren. Es ist deshalb ein Hauptfaktor, den wir in die Waagschale legen müssen, daß wir so handeln, wie wir glauben, daß es auch unsere Existenz, die Integrität des Landes nicht in Gefahr bringt. Dieser Punkt ist in den Rathschlägen, die uns mitgetheilt wurden, allzu sehr in den Hintergrund gestellt, ja vollständig übergegangen oder übersehen worden und deshalb können wir sie nicht unbedingt als die richtigen anerkennen. Was das von uns aufgestellte Programm betrifft, so hat Herr Ministerialrath Jolly dasselbe näher zu interpretiren und zu erläutern versucht; auch diese Interpretation können wir nicht als vollkommen richtig anerkennen. Er wird uns zu überlassen haben, dasselbe in dem Sinne zu interpretiren und zur Ausführung zu bringen, wie wir ihn aufgefaßt haben.

Herr Hofrath Dr. Schmidt: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Die beiden ersten Herren Redner sind darin übereingekommen, dem Programm der großen Regierung ihre Zustimmung auszusprechen. Ich beginne meinerseits damit, ebenfalls an dieser Zustimmung mich zu betheiligen und es zu gleicher Zeit begreiflich zu finden, wenn man uns gegenwärtig einen bis auf das Detail ausgearbeiteten Plan nicht vorlegt und nicht vorlegen kann, denn diese Vorlage wäre nach meiner Ansicht ein Fehler.

Der zweite Herr Redner hat den Bericht des Herrn Berichtserstatters kritisiert und auf diese Kritik will ich mich nicht weiter einlassen. Der Herr Berichtserstatter ist selbst der Mann, der Das, was er schreibt, auch mündlich entschieden zu verteidigen versteht. Der Herr Präsident des Staatsministeriums hat seinerseits noch einen Punkt hinzugefügt, der in der bisherigen Verhandlung zu wenig betont worden sey, nämlich das Einsehen für die Integrität des Landes und des Thrones Baden. Ich glaube, es wird Niemand in diesem und dem andern Hause sein, der nicht anerkennt, daß dies in der Politik der großen Regierung ein ganz wesentlicher Faktor sein müsse, denn wir sind ja in der glücklichen Lage, in dieser Beziehung nicht eine Veränderung zu wünschen, nicht einmal eine Verbesserung hoffen, sondern nur glauben zu können, daß wir glücklich sind, wenn es bei uns so bleibt, wie es ist. Ich will nicht, wie der erste Herr Redner, das Programm der großen Regierung kritisiren, sondern nur kurz meinen eigenen Standpunkt in dieser großen Frage darlegen, denn in dieser Zeit ist es Bedürfnis, zu sagen, wie man denkt.

Darüber glaube ich, sind wir Alle einig, daß der letzte Grund des gegenwärtigen Streites nicht die offene in den Vordergrund gestellte schleswig-holsteinische Frage ist, sondern der letzte Grund ist die deutsche Frage. Was die deutsche Frage betrifft, so ist meines Erachtens der gegenwärtige Zeitpunkt zur Entscheidung derselben vollständig ungeeignet, denn die große Masse des Volkes ist unklar und unsicher im Urtheil geworden, es ist keine Uebereinstimmung da zwischen dem Süden und Norden. Der Norden sieht mit Bestürzung, wie sehr in Oesterreich das deutsche Element mehr und mehr anfängt, zurückgedrängt zu werden, der Norden verhorrescirt geradezu das durch die süddeutsche Großmacht getragene System des Ultramontanismus; der Süden umgekehrt verhorrescirt das Regierungssystem in Preußen, durch welches er die von den süddeutschen Regierungen vertretene politische

Freiheit gefährdet sieht. Nach diesen Motiven entscheiden sich die verschiedenen Auffassungsgewissen. Es ist begreiflich, wozu die Massen so urtheilen, da ihr Urtheil mehr nach den Eindrücken des Momentes, nach der augenblicklichen, zufälligen Lage der Dinge zu einer gegebenen Zeit sich richtet, allein weniger begreiflich ist es, wenn intelligente, politisch gebildete Männer von der Zeitströmung sich hinreichend lassen, ihr politisches Programm zu ändern. Von ihnen kann man verlangen, daß sie einsehen, daß wir in unserer politischen Stellung zu den deutschen Großstaaten uns nicht durch das augenblickliche Regierungssystem in dem einen oder dem andern derselben bestimmen lassen, sondern daß wir nach der politischen, sozialen und Kulturbedeutung eines jeden dieser Staaten unsere Entscheidung zu treffen haben. Wir dürfen unsere bleibende politische Stellung nicht nach veränderlichen Verhältnissen nehmen, die heute so und morgen anders sein können, wir müssen für unsere Entscheidung auf eine unveränderliche Basis, auf die bleibende Natur der Staaten selbst zurückgehen. Allein wie die Dinge liegen, kann keine deutsche Großmacht an die Spitze anders gelangen, als daß sie im eigenen Hause so regiert, wie es den übrigen deutschen Staaten wünschenswerth erscheint, ihrer Seite regiert zu werden. Das schlimmste Mittel, das ungeeignete aber, zu dem großen Ziele der nationalen Einigung zu gelangen, scheint mir der Krieg. Ueberall ist der Krieg nicht am Platz und ein großes Unrecht, wenn der gleiche Zweck auf friedlichem Wege erreicht werden kann, besonders aber, wenn er, wie im vorliegenden Falle, in einen Bruderkrieg ausarten muß und der gefährlichste werden wird, der in Deutschland je geführt wurde. Man darf sich darüber nicht täuschen, daß, wenn kürzlich Nordamerika aus einem ähnlichen inneren Kampfe glücklich hervorging, wir in einer ganz andern Lage uns befinden, als jenseit. Nordamerika hatte vom Auslande nichts zu befürchten, uns aber droht vom Auslande das Schlimmste und macht unsere Situation bei Ausbruch eines inneren Krieges zu einer im allerhöchsten Grade bedenklichen. Dennoch, scheint zu einer im allerhöchsten Grade außerordentlich nahe, liegt die Gefahr des Bürgerkrieges außerordentlich nahe. Ich habe zu denen gehört, die bis vor Kurzem nicht an die Möglichkeit des Krieges dachten, weil ich ihn für gar zu unthunlich für gar zu unnatürlich halte. Man sagte früher und theilweise jetzt noch, Preußen wolle den Krieg; seit der letzten Erklärung am Bunde scheint es mir, Oesterreich wolle den Krieg, denn diese Erklärung am Bunde die gleichzeitige Einberufung der holländischen Stände kann kaum einen andern Zweck und noch weniger einen andern Erfolg haben, als den Krieg. Ich glaube nicht, daß wir Oesterreich zu nahe treten, wenn wir sagen: seine neueste Wendung jener Stände aus dem Sinne Oesterreichs für die Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes hervorgegangen. Der Sinn dieser letzten Schritte Oesterreichs ist meines Erachtens kein anderer, als auf dem Wege des formellen Bundesrechtes, in der Form einer Bundesreformation, das übrige Deutschland in den Krieg gegen Preußen hineinzuziehen. Darüber kann ein unbefangener Urtheiler nicht wohl im Zweifel sein und gerade dadurch ist die gegenwärtige Lage eine so ganz außerordentliche und so höchst gefährliche geworden.

Es fragt sich nun, was haben die übrigen deutschen Staaten, die den beiden Großstaaten nicht angehören, was hat namentlich unser badiischer Staat zu thun? Hierauf scheint mir die erste Antwort die zu sein: ein unmittelbares Interesse haben diese übrigen Staaten für sich am Kriege durchaus nicht, sie können bei diesem Kriege durchaus nichts gewinnen, und wenn der Krieg beginnt, so ist sogar die Existenz aller dieser Staaten, besonders die der kleineren unter ihnen auf dem Spiel.

Die zweite Antwort ist: die übrigen deutschen Staaten können aber auch diesen Krieg im allgemeinen deutschen Interesse nicht wünschen, denn jedenfalls schwächt dieser Krieg Deutschland ganz enorm; also ist ein nationales Ziel dieses Krieges nicht erkennbar; das Ziel dieses Bruderkampfes kann nur sein, wie ich schon andeutete: für Preußen, daß Oesterreich ausseide; für Oesterreich nur, daß Preußen niedergeworfen werde, es klein zu machen, es auf die Rolle herunter zu drücken, die es vor dem siebenjährigen Kriege inne hatte. Auf was weist uns diese Lage an? Wir haben keinen Grund, vorläufig uns für eine der Großmächte auszusprechen. Unser größtes, unser durchsames loyales Interesse ist der Frieden und dieses Interesse zu wahren, ist für uns die erste und höchste Aufgabe. Deshalb ist Das, was wir zuerst zu thun haben, doch, man mag es drehen, wie man will, die so viel geschmähte Neutralität.

Friedlich, wie im andern Hause sehr treffend gesagt wurde, neutral zu sein ist etwas Anderes, als sich für neutral erklären. Das wollen wir nicht, daß wir uns im Voraus die Hände binden und sagen: wir wollen auf keinen Fall am Kriege Theil nehmen. Dies wäre die Politik der Feigheit und der Vertheidigung. Das ist klar, allein unklar ist, denn wir wissen es nicht, wofür wir in dem Kriege kämpfen, für ein nationales Ziel aber gewiß nicht.

Wenn nun der Friede die nächste Aufgabe der Gesamtheit der Staaten außer Oesterreich und Preußen ist, so müssen diese natürlich auch die entsprechenden Handlungen für Vermittelung versuchen. Ich glaube jedoch der Augenblick dafür ist vorüber. Der letzte Antrag Oesterreichs am Bunde schließt diesen Vermittelungsversuch aus. Jetzt können wir nur, so weit es an uns liegt, dafür sorgen, daß nicht aus diesem Antrag der Krieg auch für uns herauswächst. Es wird sich allerdings nicht läugnen lassen, daß der §. 14 der Bundesakte auf den vorliegenden Streitfall angewendet werden kann; allein einzuhalten haben, ist die, daß man eine Entscheidung über diesen Antrag verhindert. Die Dinge sind wahrlich nicht darnach angethan, daß man das deutsche Volk wegen eines Paragraphen des Bundesrechtes zu einem Krieg aufrufen dürfte. Es gibt noch viele andere Artikel in der Bundesakte, die auf Respektirung größeren Anspruch haben. Da ist der Artikel 13, der von landständischen Verfassungen in ganz Deutschland spricht, der Artikel 16, der von der Gleichberechtigung aller Religionsparteien in Deutschland handelt, der Bund hat aber, statt für den Vollzug dieser Artikel einzutreten, bisher sich immer für inkompetent erklärt. Oesterreich hat bisher sich nicht an die Artikel 13 u. 16 der Bundesakte gebunden erachtet, wir können mit besserem Grunde es ablehnen, für den Artikel 11 den Bürgerkrieg zu veranlassen. Also Zurückhaltung vom Krieg, auch wenn er in der Form der Bundesreformation eingeleitet werden soll, wird der erste Punkt unserer Politik sein müssen. Das Zweite wird sein, die letzte noch vorhandene Chance des Friedens durch Eingehen auf den Parlamentarismus zu stärken. Ich verhoffe es wirklich nicht,

daß, wenn uns etwas geboten wird, was man als nationales Rettungsmittel betrachtet, was als höchstes nationales Bedürfnis anerkannt wird, wenn, sage ich, dies aus einer Hand geboten wird, die uns nicht gefällt, man sagt: aus dieser Hand nehme ich es nicht. Diese Politik ist mir wirklich unbegreiflich! Hätten wir das deutsche Parlament, dann wäre die Frage von Schleswig-Holstein am rechten Platz, dort wäre der rechte Ort, diese Frage zu entscheiden. Die Schleswig-Holsteiner werden diese Frage nach eng partikularistischem Standpunkte prüfen, das ist die Frage nach eng partikularistischem Standpunkte, diese Frage in nicht partikularistischem Sinne zu entscheiden, zu sagen, es besteht kein Selbstbestimmungsrecht eines einzelnen Volksstammes, dieses hat nur die ganze Nation und sie allein. Also das Parlament müssen wir nach meiner Meinung unterstützen.

Ich gehe weiter. Wir müssen auch, wo möglich, im Verein mit den übrigen Staaten gehen, die nicht zu den Kombattanten gehören. Nun sind aber außerhalb der Großstaaten zwei Strömungen nicht zu verkennen und es kann sich nur darum handeln, daß man sich einer derselben anschließt. Ich glaube nun, in der Hauptsache können wir mit Bayern gehen. Die Haltung, welche Bayern unter den Mittelstaaten eingenommen hat, wird für uns wohl entscheidend sein müssen und wenn wir unseren Einfluß auch der bayerischen Regierung gegenüber auszuüben suchen, d. h. nicht unbedingt in den Krieg zu ziehen, sondern für den Frieden zu stimmen, so wird dies von großem Gewicht für Bayern sein. Wenn ich gesagt habe, unser gegenwärtiger Standpunkt sey der der Neutralität, so habe ich sofort hinzugefügt, nicht der Neutralität um jeden Preis, für alle Zeit, — dies wäre der größte Fehler. Deshalb Vorbereitung für die Aktion, diese ist ganz vollständig an der Zeit. Zu gleicher Zeit wird aber weise sein, wenn man mit den Mitteln sparsam umgeht und sie vorbehält für die Zeit, wo man sie braucht. Dem großen Kriegsministerium vertraue ich vollkommen, daß es die Einsicht in hohem Maße haben, daß es wissen wird, was gegenwärtig nothwendig ist, und dies thut, allein auch nichts darüber. Der Anlauf der Pferde, dies ist sehr beunruhigend, gehört offenbar zu diesen absolut nothwendigen Dingen, denn man kann die Pferde nicht heute ankaufen und morgen damit in den Krieg ziehen. Das ist ein solch vorbereitender Akt und ich bin überzeugt, daß auch sonst Alles, was nothwendig ist, gründlich geschieht, allein man wird dabei nicht verfehlen, daß wir nicht als die Ersten auf dem Piktet und Kriegsschauplatz stehen müssen, wir kommen erst in zweiter Linie; wir wollen uns der nationalen Sache, wenn sie aus unsrer Kräfte in Anspruch nimmt, nicht entziehen, es ist aber kein Grund vorhanden, und jetzt schon zum Kampf aufzustellen. Ich glaube, wir sollten nicht zu frühe, jetzt schon, die Bürger aus ihren Familien und Geschäften herausziehen; wir sollten die Kräfte, sowohl die finanziellen des Staates, als die in der Mannschafft dargestellten volkswirtschaftlichen des Landes möglichst schonen, ohne daß dabei die nothwendige Rücksicht auf die Schlagfertigkeit des Heeres zu rechter Zeit außer Acht gelassen zu werden braucht. Wenn die Nothwendigkeit einer militärischen Aufstellung eintritt, wird dann unsere Staatsregierung dieselbe rasch und rechtzeitig auszuführen im Stande sein.

Ein besonderes Mittel für die Stärkung unserer Stellung ist noch in der zweiten Kammer hervorgehoben worden, nämlich die Einrichtung einer Volkswehr. Unsere verehrliche Kommission hat sich auch darüber ausgesprochen und beantragt, den angelegten Gedanken einer Volkswehr zur Prüfung der großen Staatsregierung, zunächst wohl dem Kriegsministerium zu empfehlen. In diesem Punkte hat sich die zweite Kammer entschieden, unsere Kommission aber sich vorstirger geäußert. Mit dieser vorsichtigeren Ausführung, mit der Aufforderung zur Prüfung bin ich einverstanden. Ich als Laie bin nicht im Stande, den Werth der Volkswehr gründlich zu beurtheilen, allein ich gesthe, daß ich nicht ganz frei bin von Bedenken und daß es mir zweifelhaft und der Untersuchung werth erscheint, ob die Leistungsfähigkeit einer Volkswehr in militärischer Hinsicht mit den sehr großen finanziellen und volkswirtschaftlichen Opfern, die mit ihr nothwendig verbunden sind, in einem richtigen Verhältniß steht. Diese Frage zu lösen, ist auch Sache der großen Staatsregierung.

Das ist im Ganzen mein Standpunkt; ich erlaube mir, ihn in Kürze so zusammenzufassen:
Erstens: Der Grund des gegenwärtigen Streites ist der Kampf um die deutsche Frage; Zweitens: der gegenwärtige Zeitpunkt ist nicht der rechte, um die deutsche Frage zu lösen; Drittens: der Krieg ist nicht das rechte Mittel, um diese Frage zu Ende zu bringen; Viertens: die Aufgabe der übrigen deutschen Staaten ist es, den Krieg, wenn irgend möglich, zu verhindern; Sobald aber große nationale Ziele klar zu Tage liegen und in den Vordergrund gestellt werden, dann gerückt an den Dingen Theil genommen.

Herr Staatsminister Freiherr v. Edelsheim: Die große Regierung hat sich den beiden hohen Kammern gegenüber in den betreffenden Sitzungen der Kommissionen über ihre politische Führung ausgesprochen und hat in einer öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer auch eine fast einstimmige Zustimmung des hohen Hauses erhalten. Sie glaubt sich mit ihrer Politik in Harmonie mit dem Lande und bestet auf die verschiedenen Rechte dieses hohen Hauses heute hierfür zu erhalten. Wenn dabei von der einen oder andern Seite versucht wird, oder versucht worden ist, die Sache so darzustellen, als ob die Politik der Regierung nahezu identisch sey mit den vor 14 Tagen in diesem hohen Hause erklärten Ansichten, so muß ich konstatiren, daß dies nicht der Fall ist, und daß diesen Ansichten auch in der hohen zweiten Kammer ein Desaveu entgegengesetzt werden ist. Wir haben unter politisches Programm vollständig ausgesprochen u. können Interpretationen, die hinein getragen werden wollen, nicht acceptiren.

Herr Ministerialrath Dr. Jolly: Ich habe Ihre Geduld schon lange in Anspruch genommen und erlaube mir nur noch einige persönliche Bemerkungen. Herr Graf v. Berlichingen hat gefragt, was ich unter einem fremden Führer der bad. Truppen verstehe. Ich verhoffe darunter einen nichtbadiischen Führer, wie aus dem Zusammenhang meiner Rede in der unabweisbarsten Weise hervorgeht. Ich sprach davon, daß unsere Truppen möglicher Weise in Gemeinschaft mit denen anderer Staaten aufgestellt werden könnten und hielt es im Interesse der Selbstständigkeit des Landes, sie so weit als irgend möglich nicht einem Fremden, d. h. nicht badiischen Führer unterzuordnen. Ich fand Berühigung darin, daß nach Lage der Dinge eine gemeinsame Truppenaufstellung nur in Folge freien Vertrages eintreten können, weil ich vertraue, daß die große Regierung im Gefühl ihrer Verantwortlichkeit für die Selbstständigkeit des Landes sich die nöthigen Garantien verschaffen werde, daß kein Fremder gegen unsere

und eine davon ist leicht zu lösen. Der Kredit muß im Interesse des Landes geleistet werden, mag auch die Zeit kommen, wie sie will, mag die Neutralität beibehalten oder eine Allianz mit den süddeutschen Staaten, mit Preußen oder Oesterreich abgeschlossen werden, wenn sie den Krieg nach Böhmen oder sonst wohin verlegen, Küstungen braucht man jedenfalls, deshalb können Sie das Geld ruhig bewilligen. Also jedes Ministerium, es möge Zeitpunkte der Politik haben, welche es wolle, wird die Bewilligung fordern und bedürfen. Weniger Beruhigung können Sie vielleicht haben über die politische Führung des Vaterlandes durch das bestehende Ministerium. Hier müssen Sie das Vertrauen haben, daß wir im Interesse des gesammten und euzigen Vaterlandes Alles thun werden, was die Lage der Sache fordert. Ueber dieses Vertrauen uns in nähere Bedingungen einzulassen, gewisse Voraussetzungen zu unterschreiben und anzuerkennen, das können Sie von uns nicht verlangen, denn dann ist es kein Vertrauen mehr, sondern Sie schreiben die Bedingungen darin vor. Wir müssen deshalb auch erklären und darin stimme ich mit den beiden Herren Kollegen und Vorrednern überein, daß diese Bedingungen von uns nicht acceptirt werden können, wir müßten uns sonst am Ende in die schlimme Lage begeben, daß die uns auferlegten Bedingungen sich widersprechen würden. Wir können uns nicht darauf einlassen. Wir müssen diese Bedingungen zurückweisen, weil sie demjenigen widersprechen, was wir als das Ziel unserer Politik darstellen. Daß wir unparteiisch dastehen im Streite der beiden Großstaaten, in dieser Beziehung nehmen wir das Vertrauen für unsere Handlung in Anspruch. Worte, die gesprochen werden oder gesprochen werden sind, verwehen und lassen sich selbst bei manchen realen Verhältnissen, bei absoluter Veränderung der Verhältnisse nicht mehr aufrecht erhalten; sie würden eine Deutung gewinnen, die sie ursprünglich nicht gehabt haben. Die Thaten, die Handlungen sind es, die im Augenblicke richtig seyn müssen und es wird Ihnen freistehen, solche Handlungen jeder Zeit zu kritisiren; sie allein sind nur einer Deutung fähig. Ich glaube, daß der vorliegende Kredit verwilligt werden kann. Sie werden übrigens wahrscheinlich weitere Anforderungen der groß. Regierung zu besprechen nur zu bald in der Lage seyn.

Herr Geh. Rath Dr. Bluntschli: Durchlauchtigste, hochgeehrte Herren! Ich habe in dieser Angelegenheit mich schon früher ausführlich ausgesprochen und habe Gelegenheit gehabt, auch im Berichte der Commission die Ansichten zu vertreten, die ich für die richtigen halte. Ich werde mich deshalb sehr kurz fassen und sehr nüchtern dabei halten.

Zuerst einige Worte über das von Herrn Grafen von Bellinghingen über den Bericht. Ich muß gestehen, ich höre ihn immer gern sprechen. Seine Rede kommt aus dem Herzen und macht einen ursprünglichen natürlichen Eindruck, der durch aus ein gewisses Wohlbehagen erzeugt. Auch findet sich überall darin eine patriotische Gesinnung. Allein er wird mir erlauben, zu sagen, daß jener eigenenthümliche Zug der deutschen Ritterlichkeit, dieser romantische Zug, welcher sich für die vor malige Blüthe des großen römisch-deutschen Kaiserreichs mit ihrem wunderbaren poetischen Glanz begriffen fühlte, durch seine Vorträge geht. Die Phantastie hat daran einen großen Theil und übersieht die Möglichkeit der praktischen Verwirklichung. Ich will dies an ein paar Stellen verdeutlichen. Der Herr Graf hat gesagt, wenn er am Verbürgern wäre, so würde er von Bismarck das Brod nicht nehmen. Das wäre doch eine etwas übertriebene gereizte Phantastie! Ich denke, wenn die deutsche Nation nur aus ganz reinen Händen ein Parlament annehmen sollte, so bekäme sie gar keines. Ich verstehe nicht, weshalb das Parlament, angeboten von dem Staate Preußen, bei dem Grafen Bismarck repräsentirt wird, nicht annehmbar ist, und wüßte nicht, weshalb es eher annehmbar wäre, wenn es von Oesterreich angeboten würde, denn was das Verhältnis der beiden Regierungen zu den Kammern betrifft, so kehre ich die Hand nicht um. Die preuß. Regierung hat die Abgeordneten allerdings nicht ohne Hohn nach Hause geschickt. Die österreichische Regierung hat ihre Kammern ebenfalls nach Hause geschickt und ihnen überdem die ganze Verfassung nachgeworfen. Was also das betrifft, so können wir uns unmöglich auf die Bahn begeben, daß wir sagen, wenn etwas für die Nation geboten wird, fragt es sich zuerst, von wem kommt es, hat ein Minister mehr Vertrauen oder nicht, sondern wir müssen uns an die Realität halten und trotz dem Vorgebrachten werde ich den Parlamentarismus gerne sehen.

Herr Graf von Bellinghingen hat sich bei Gelegenheit der Parla mentärsfrage von seiner Phantastie ebenfalls zu weit hineinreisen lassen. Er sagte in der betreffenden Sitzung, es werde nicht blos Spandau ganz in der Nähe seyn — allein man muß sagen, bis zur Stunde ist Spandau noch nicht für die preussischen Abgeordneten benützt worden — sondern auch ein Galgen, man könnte aufgehängt werden. Dieser Galgen ist aber doch blos in der Phantastie des Herrn Grafen aufgestellt und ich wundere mich, daß er sich dabei nicht der wirklichen Galgen erinnerte, welcher im Jahre 1849 von der österreichischen Regierung aus in einem konstitutionellen Lande zur Anwendung gekommen sind. Außer Andern ist damals auch ein Graf Barypant in Ungarn zum Tode des Stranges verurtheilt worden. Das sind übrigens Dinge, so interessant sie sind, politisch nicht entscheiden können.

Bezüglich des Einzelnen hat er bemerkt, der Grund des Krieges wäre einfach die Erhebung gegenüber dem Sabelgeraffel. Ich muß gestehen, davon habe ich noch keine praktische Vorstellung, daß man einen furchtbaren Krieg wegen bloßen Sabelgeraffels anfängt, damit dies aufhöre, damit ein Staat gedemüthigt werde, der mit Sabel geraffelt hat. Zur Stunde wird in den beiden feindlichen Staaten sehr stark mit Säbeln geraffelt und diesem Prinzip nach müßten wir gegen Beide zu Feld ziehen. Ja heute ist die Neigung zum Krieg offenbar und auf Seite Oesterreichs viel stärker, als auf Seite Preußens.

Wenn man einfach denjenigen, der den Krieg anfängt, angreifen will, dann müßte man ja gegenwärtig seit dem Scheitern des Kongresses sich eher gegen Oesterreich, als gegen Preußen rüsten. Die Neutralität, für deren thatsächliche Einhaltung wir uns gegenwärtig und schon früher erklärten, ist wiederholt als die Politik der Freiheit und sogar des Verraths bezeichnet worden. Was den ersten Punkt betrifft, so meine ich, von Freiheit kann nicht die Rede seyn, wie wir die Neutralität verstehen. Es gehört sogar mehr Muth dazu, einen friedlich-neutralen Weg zu betreten, als in das Kriegesgeborn zu blasen. Ich habe erst nach und nach verstanden, was man darunter meint, warum die Leute bei dem Worte Neutralität so aufgeregt werden. Ich meine, daß man die Neutralität anders und unrichtig aufzufassen pflegt, nämlich, in

dem man sie mit Gleichgültigkeit und mit Mangel an Entschluß verwechselt und da kann ich dem Herrn Grafen gegenüber eine Bemerkung nicht ganz unterdrücken. Er hat nämlich gesagt, im Kriege macht man sich nichts aus den neutralen Staaten, man überschreite dennoch die Grenzen und es helfe nichts, eine Tafel auszuhängen mit der Aufschrift: „Neutrales Gebiet!“ Man kümmerete sich nicht darum, man gehe darüber weg. Er hat sich darauf berufen, daß er in dieser Beziehung Praxis habe; ich habe darin nur Theorie. Ich kann aber dem Herrn Grafen versichern, daß ich jederzeit bereit bin, Belehrungen entgegen zu nehmen, auch von ihm, obwohl ich in diesem Falle nicht der Ansicht bin, daß er in dem Stück, was die Neutralität betrifft, mehr Praxis habe, als ich, der ich in einem Lande geboren und erzogen bin, welches gerade durch seine Neutralität in glücklicher Lage ist, und dessen Volk wahrhaftig ein männliches, kein feiges Volk ist. Das Beispiel mit der Stange und der Tafel habe ich als kleiner Knabe schon gehört.

Neutral seyn heißt nur nicht Kriegspartei, also relativ unparteiisch seyn und dieses ist das ausgesprochene Programm der groß. Regierung. Das ist schon längst nachgewiesen und auch im Bericht ausführlich dargestellt. In einem andern Punkte bin ich mit dem Herrn Grafen einverstanden, wenn er nämlich behauptet, daß auch noch konfessionelle Leidenschaften aufgeregt werden, außer den andern. Ich bedaure dies auch, daß die konfessionellen Stimmungen aufgeregt werden, allein bisher habe ich dies nicht wahrgenommen, namentlich nicht im Norden. Dies würde ich auf das Schärfste verurtheilen. Allerdings habe ich aber gehört, daß in einem Erlasse des Bischofs von Brixen der konfessionelle Standpunkt sehr lebhaft betont und benützt wird, um die Leidenschaften zu reizen und wenn man einen Blick auf die gesammte ultramontane Presse wirft, sieht man nur zu bald die schwarze Bohle, die in die Höhe steigt. Gehen wir nicht darauf ein, dadurch wird die Politik nur verdorben. Ebenso bemerkte Herr Graf von Bellinghingen, die Mittelstaaten können unmöglich für sich allein Frankreich gegenüber bestehen, es sey nicht anzunehmen, daß schließlich ein siegreicher Widerstand geleistet werde.

Ich habe diese Hoffnung auch nicht und gerade deshalb scheint es mir so sehr wünschenswerth, daß wenn eine Gefahr von Frankreich kommt, wir mit Preußen nicht im Kriege sind, denn ohne Preußen läßt sich der Westen von Deutschland nicht halten und sicher nicht mit Hilfe des Festungsvierecks in Venetien.

Ich gehe nunmehr über zur Art und Weise, wie von Seiten der Herren Minister sich über den Bericht, beziehungsweise unsere Anträge ausgesprochen wurde und da bemerke ich vor allen Dingen: ich gebe dem Herrn Staatsminister der Justiz vollkommen zu, daß im Berichte eine Seite allerdings nicht hinreichend dargestellt wurde und ferner stimme ich damit mit ihm überein, daß dies die Frage der eigenen Landesicherheit betrifft, daß diese aus am nächsten berührt, daß sie eine der wichtigsten Fragen ist. Indessen, einmal betrachte ich die Sache noch nicht für so ungeheuer wichtig und zum Andern meine ich, daß gerade die Politik, die wir vertreten im Interesse des Landes, dessen Sicherheit am meisten garantirt und sehr leicht eine entgegengesetzte Politik der Theilnahme an Krieg das Uebel schnell herbeiführen könnte, das man vermeiden will. Ich bemerke, daß man oft aus übertriebener Besorgniß gerade in die Gefahren hineingeräth, die man vermeiden will. Wenn man den Frieden will, muß man keinen Krieg anfangen, das ist doch das ABC der Praxis in der Politik. So dann bin ich etwas überrascht worden durch die ziemlich brusque Ansprache des Herrn Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten, der einfach erklärte, die Ansichten, die hier zur Sprache gebracht worden seyen, hätten ein entschiedenes Desavou in der zweiten Kammer erfahren.

Herr Staatsminister Freiherr von Edelsheim: Ich habe gesagt: von einer einzelnen Seite der zweiten Kammer.

Herr Geheimrath Dr. Bluntschli: Nun erlauben Sie mir, die Bemerkungen im Kommissionsberichte der zweiten Kammer sind doch offenbar eine offizielle Aussprache derjenigen Männer, die bisher vorzugsweise in der zweiten Kammer zu sammengewirkt und auch als Freunde der Regierung zu derselben gehalten haben. Mit diesem Berichte des Herrn Abgeordneten Krener sind wir unterseits vollkommen einverstanden und ebenso haben in der zweiten Kammer Viele beigekümmert, natürlich, wie dies immer der Fall ist, das eine Mitglied mit dieser, das andere mit jener Auffassung. Allein ich wüßte nicht, was dem Herrn Staatsminister berechnen könnte, zu sagen, daß die Mehrheit der zweiten Kammer unsere Ansichten desavouirt habe.

Herr Staatsminister Freiherr von Edelsheim: Ich habe nur gesagt, die meisten Redner, nicht Mitglieder, sondern Solche, die gesprochen hätten, hätten der in der Sitzung von jenem Montag hier geäußerten Ansicht ein entschiedenes Desavou entgegen gesetzt. (Ich berufe mich auf die stenographischen Aufzeichnungen.)

Herr Geheimrath Dr. Bluntschli: Ich habe bemerkt, daß einige Mitglieder, von denen ich meine, sie seyen in der strengsten Opposition gegen unser bisheriges Regime, sich dagegen ausgesprochen haben, allein darauf kann ich kein so großes Gewicht legen. Beruhigend ist mir der Eindruck, den mir die Aussprache des Herrn Staatsministers Lamey gemacht hat und ich wüßte in der That nichts darin zu entdecken, worin ich nicht einverstanden seyn könnte. Wenn er bemerkte, die groß. Regierung sey nicht in der Lage, sich gewisse Bedingungen stellen zu lassen für ihr Verhalten, sondern das Ministerium verlange ein Vertrauen in Bezug auf die Verwilligung des Credits, so glaube ich im Namen der Kommission erklären zu können: Die Kommission hat nicht daran gedacht, der groß. Regierung Bedingungen zu stellen, sonst hätte sie sich anders ausgesprochen. Sie wollte nur ihre Ansicht, ihre Meinung über die Sachlage ausdrücken, sagen, was nach ihrer Ueberzeugung zu thun und nicht zu thun sey. Diese Meinung hat sie ganz offen erklärt und es wird der groß. Regierung wohl nur angenehm seyn, diese Meinung kennen zu lernen, um sich nicht darüber zu täuschen, denn wir leben in einer merkwürdigen Verwirrung der Begriffe und es ist nicht zu läugnen, daß es auch in unserem Lande eine Politik gibt, die keine ausschließlich neutrale Vermittelung will, sondern frühweg Krieg gegen Preußen. Daß dies nicht die Meinung dieser Kammer und unseres Ministeriums ist, dies zu konstatiren, ist am Platze. Wir erleben auch, daß es in anderen Staaten Minister gibt, die formell dem Volke gegenüber auch sagen, wir sind unparteiisch, wir wollen keinen Krieg, die aber unter der Hand auf das Leidenschaftlichste für einen Krieg und zwar den Erklärungskrieg arbeiten. Darüber habe ich keinen Zweifel. Bei dieser Sachlage schien es uns in der Kommission eine öffentliche Pflicht, wenigstens unsere Meinung darüber deutlich auszusprechen.

Wenn ferner bemerkt worden ist, wir würden doch auch nicht einen Krieg wegen der Bundesreform anfangen wollen, so sind wir darin mit dem von Herrn Staatsrath Lamey Geäußerten einverstanden. Ich würde nichts für thörichter halten, als wenn wir Angesichts der jetzigen Thatsachen wegen des Parlements einen Krieg bekommen wollten, allein möglicherweise können die Dinge so kommen, daß man allerdings für die Bundesreform einstehen müßte, wenn Aussicht wäre, dieselbe zu gewinnen und eine Macht uns angriffe, um dieselbe zu verhindern. Wenn oft bemerkt wird, man möge nur vor Allem gegen die Regierung in Preußen auftreten, wie wäre es dann, wenn, nachdem wir uns mit andern Mittelstaaten zum Kriege gegen Preußen vereinigt hätten, weil es von dem Grafen Bismarck geleitet wird, eine Aenderung des Ministeriums in Preußen einträte oder gar eine Revolution käme, in welcher Lage wären wir dann mit unserem kriegerischen Anschluß an Oesterreich? Hätten wir nicht den verkehrtesten Streich gemacht, der möglich ist? Dieser Gefahr entgehen wir nur, wenn wir uns davon enthalten und nicht blind in den Krieg hürzen, wenn wir lieber, soviel es in unseren freilich nicht entscheidenden Kräften liegt, dahin arbeiten, daß der Süden von der Kriegsfurie verschont bleibt und in Folge dessen der ganze Westen und damit alle Theile von Deutschland. Sollen wir Preußen angreifen, nach Westphalen ziehen, um die Leute in Ordnung zu bringen? Das heißt noch zu dem Ganzen. Ich sehe die Sache als höchst gefährlich an und bin schließlich der Meinung: was wir immerhin beschließen, es wird freilich einen kleinen Einfluß auf den großen Gang der Weltgeschichte haben. Ich wünsche nur, daß wir in diesem furchtbaren Sturm, der kommen wird, vielleicht nicht allein der Krieg, sondern auch die Revolution im Gefolge des Kriegs, uns retten können: wir haben es nicht verschuldet, wir haben unsere Hände rein erhalten von diesem entsetzlichen Bürgerkriege. Wir haben daher mit unsern geringen Kräften dafür zu sorgen, daß möglichst das Land verschont bleibt und daß in Folge dessen auch für die Zukunft noch etwas von den Errungenschaften zu retten ist, die wir haben und da schäze ich die Stellung von Baden nicht so gering, als es oft geschieht. Wir haben in Folge einer allerdings kühnen Politik in fünf Jahren eine gewisse Stellung erhalten. Unsere Stellung zu Italien ist eine bedeutende und freundliche geworden, wir haben zu der Erneuerung des Zollvereins und zu den Handelsverträgen mit Frankreich und Italien ganz Erhebliches beigetragen. Ich möchte nicht, daß die großen Vortheile unserer Beziehungen zu diesen Staaten nun weggenommen werden in einem blinden, wenn auch vielleicht aus reinem Rechtsinne entsprungnen Kriegeser. Ich meine, es ist unsere Aufgabe, auch diese Chancen möglichst zu prüfen. Es könnte eine Zeit kommen, wo wir sie gut brauchen könnten. Denn täuschen wir uns nicht, keine Resolutionen von Volksversammlungen oder Ständekammern werden, wenn ein großer europäischer Krieg ausbricht, es verhindern, daß der Krieg noch größere Dimensionen annimmt. Das müssen wir politisch auch als reale einfache Thatsache in's Auge fassen, daß wir dies Alle nicht wünschen, aber nicht stark genug sind, um die Ereignisse, die möglicher Weise von Außen hereinbrechen, zu verhindern.

Den politischen festen Glauben habe ich nun einmal: Gelegt, daß es gelänge, einen großen Restaurationskrieg zu kämpfen an der Spitze der österreichischen Suprematie und im Gefolge der süddeutschen Staaten und diese sehr bedeutende Kriegsmacht mit den alten Erinnerungen würde siegen, dann bin ich überzeugt, hätten wir erst den gefährlichsten Krieg, denn dies verträgt das moderne Europa nicht mehr, um keinen Preis; dann käme der Krieg in seiner furchtbaren, für uns gefährlichsten Gestalt und deshalb eben müssen wir uns hüten, diese Restaurationsgelüste unserer Seite dadurch zu steigern, statt zu bekämpfen, daß wir uns geneigt zeigen, unsere Volksträfte im Dienst einer Politik verschren zu lassen, die schließlich nichts bewirkt, als die Restauration in Europa. Was das bedeutet, weiß man in Italien und Frankreich, auch in England mindestens ebenso gut, als wir es wissen. So wie die Dinge auf diesem Standpunkt kommen, wird man dagegen auftreten müssen, als gegen die allergrößte Gefahr.

Herr Staatsminister Freiherr von Edelsheim: Ich erlaube mir eine kurze Bemerkung in Bezug auf die Worte des Herrn Vorredners, hinsichtlich des von mir Gesagten. Ich wüßte nicht, daß darin etwas Brusques vorgekommen wäre, jede derartige Absicht lag mir ferne. Ich habe nur konstatirt, wie die Stimmung im Lande und im andern Hause zur Politik dieses hohen Hauses steht und wie wir hoffen, daß auch die Mehrheit dieses hohen Hauses sich für die Ansicht der groß. Regierung aussprechen werde und habe konstatirt, daß die Ansichten, wie sie schon früher hier ausgesprochen wurden, damit nicht identisch sind. Darin liegt nichts Brusques und es wundert mich der Vorwurf gerade von diesem Herrn, wenn ich die Angriffe betrachte, welche er vor 3 Wochen sich gegen mich erlaubt hat, als ich nicht gegenwärtig war, worauf ich Veranlassung hätte, mich ganz anders auszusprechen. Die erste Rede, die wir heute hörten, war auch sehr lebhaft und es wurden darin auch Ausdrücke gebraucht, die weiter gingen, als notwendig war. Ich kann aber nicht sagen, daß sie deshalb brusque war, und das muß ich auch für mich entschieden zurückweisen. Der erste Herr Redner hat, als er das zweite Mal sprach, die Zuversicht ausgesprochen, daß die groß. Regierung bona fide das vor den beiden Kammern und in den Kommissionsitzungen ausgesprochene Programm einhalten werde. Dieses Vertrauen kann er zu uns Allen haben. Ich habe bereits in der Kommissionsitzung ganz bestimmte Zusicherungen gegeben und wiederhole sie auch hier. Wenn ich nicht die Ehre habe, Ihnen bereits so lange als meine Herren Kollegen auf meinem gegenwärtigen Posten gegenüber zu stehen, so kann doch auch ich auf eine längere Vergangenheit mich beziehen, während welcher ich stets, und auch unter sehr schwierigen Verhältnissen eine streng konstitutionelle Gesinnung bewahrt habe. Ich kann Sie versichern, es ist nicht meine Sache, Restaurationspolitik zu treiben oder die Kammern gegen ihren Willen engagiren zu wollen. Der erste Herr Redner kann darin vollkommenes Vertrauen zu mir haben.

Herr Graf von Bellinghingen: Es würde die Diskussion endlos seyn, wenn ich auf Alles erwidern wollte, was noch vorgebracht wurde; ich denke, es sonne sich Jeder sein Urtheil bilden. Ich möchte aber noch erklären, daß ich mich natürlich nur bildlich ausgedrückt, wenn ich von „Spandau“ und vom „Galgen“ sprach. Ich habe diese Bilder Sprache gerade von meinem Herrn Nachbar Bluntschli gelernt, der auch schon von dem Schiffe, das nach Mexiko hat nach Nordamerika kam, erzählte. Ich habe mir

Willen über unsere Truppen verfügen kann. Sodann habe ich dem Herrn Grafen von Bellinghagen gegenüber eine zweite Bemerkung zu machen; er legt sich gegenüber dem außerdeutschen Ausland einen so ausschließlichen Patriotismus bei, als wolle er ihn unserer Seite absprenken. Ich hatte vorher seinen Anlaß, über diesen Punkt zu sprechen, ich bin aber von der Loyalität des Herrn Grafen überzeugt, daß er uns zugeben wird, daß wir seine patriotische Entrüstung über die Schmach des Rheinbundes vollkommen theilen.

Der Herr Präsident des Staatsministeriums hat bemerkt, ich hätte der großh. Regierung nicht vorzuschreiben, in welchem Sinne ihr Programm ausgeführt werden solle. Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, einen solchen Anspruch zu erheben. Die Aeusserung des Hrn. Ministerpräsidenten und noch mehr die des Hrn. Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten könnten mir es aber wahr legen, durch Interpellation um genauere Auskunft zu bitten.

Ich überlasse dies aus zwei Gründen: einmal liegt mir nichts mehr fern, als das großh. Staatsministerium zu schwächen, es wäre aber offenbar eine für Alle gleich missliche Situation, wenn wir Anfragen stellen, die die Regierung aus Opportunitätsrücksichten erklärte nicht beantworten zu können.

Der zweite Grund liegt darin, daß ich zu dem Ministerium, unter dem ich mich gerade von einem Lustrum aus freier Ueberzeugung und Anhänglichkeit an die von ihm vertretenen und bisher durchgeführten Grundsätze enollirt habe, das unbedingt Vertrauen hege, daß auch heute, wie in allen Fällen, seine Worte vollkommene Wahrheit, so gut sind, wie die schon geschehene That. Ich bin überzeugt, dieses Ministerium wird sein Programm aufrichtiger Parteilosigkeit mit Festigkeit durchführen und, so weit es an ihm ist, Alles thun, um zu verhüten, daß unser Land nicht in den drohenden Bürgerkrieg hereingezogen werde.

Herr Graf v. Bellinghagen: Es ist mir nicht eingefallen, zu sagen, daß Herr Minist. Rath Jolly und seine Gefinnungsgenossen einen Rheinbund protegieren, oder nur daran denken wollten. Dies wollte ich nicht sagen. Ich sprach nur im Allgemeinen davon, was das Ende sein wird, wenn wir nicht gleich in die Aktion eintreten und Partei ergreifen für die eine oder andere Großmacht und zwar für diejenige, welche im Rechte ist. Der Ausdruck „ein fremder Führer“ hat mir — ich muß es offen gestehen — wehe gethan und zu diesem Ausdrucke hat, wie ich glaube, nur die Person des Führers, welcher disjungirt war, Veranlassung gegeben. Herr Minist. Rath Jolly kennt die Zusammenstellung des 8. Armeekorps vielleicht besser wie ich, allein er wird dann auch wissen, daß ein Turnus besteht, wornach abwechselnd einer der beehelagten Staaten den Armeekorpskommandanten ernannt. Im Augenblicke ist es, glaube ich, Württemberg, das denselben designirt, und es hat den Prinzen Alexander von Hessen zum Armeekorpskommandanten ernannt. Dieser wird also ein württembergischer und zugleich ein Bundesgeneral sein. Ich kann auch nicht einsehen, daß das Armeekorps darunter leiden würde, wenn es unter das Kommando eines so ausgezeichneten Generals, wie der Prinz von Hessen, gestellt wäre u. gewiß wäre der Erfolg so, daß er von Hrn. Minist. Rath Jolly nicht beklagt werden könnte. Ich muß bemerken, daß wenn man aus der bisherigen Stellung dieses Generals eine Allianz mit Oesterreich befürchtet, dieser General auch in russischen Diensten war, was ihn vielleicht in günstigerem Lichte erscheinen läßt. Er hat sich im Kaukasus, wie unser durchlauchtigster Herr Präsident, durch seine Tapferkeit unverwundliche Vorbeeren errungen und wie gesagt, wir könnten uns nur gratulieren, wenn wir ihn erhielten.

Herr Artaria: Ich habe bisher auf das Wort verzichtet, weil ich ganz mit dem Kommissionsbericht einverstanden bin, zu dessen Verteidigung die beredtesten Worte gefallen sind und ich hätte also keinen Anlaß mehr, das Wort zu ergreifen. Ich hätte aber gehofft, daß ein Punkt, der in dem Berichte enthalten ist, schärfer hervorgehoben werden wäre, dies ist jedoch noch nicht geschehen und deshalb habe ich mich zum Worte gemeldet, um darüber zu sprechen. In dem letzten Sage des Berichtes ist gesagt, die hohe Kammer möge, unter Anerkennung der von großh. Regierung eingenommenen Stellung, die zuverlässliche Erwartung aussprechen, dieselbe werde fortgesetzt im Vereine mit ihren Bundesgenossen bemüht sein, jede Einmischung des Auslandes in die ausschließlich national deutsche Frage der Rheinbündnisse auszuschließen.

Durchl. hochgeehrte Herren! Ich glaube, jede deutsche Kammer ist berechtigt, auf das Kräftigste diese eben ausgesprochenen Ansicht zu unterstützen und laut auszusprechen, wie man nie u. nimmermehr zugeben könne, daß eine Konferenz außerdeutscher Mächte sich erlauben darf, in rein deutschen Dingen ein Wort zu sprechen. Alle außerdeutschen Nationen sehen ihre größte Ehre darin, ihre Sache selbst zu ordnen, und daß kein auswärtiges Volk sich in ihre Angelegenheiten mischen darf. Wären wir Deutsche ein einiges Volk, wäre der Gedanke des deutschen Parlaments, der vor 18 Jahren zum ersten Mal in der badischen Kammer ausgesprochen wurde, zu Stande gekommen, hätten wir einig zusammen, so würde kein fremder Staat uns die Schmach antun, zu sagen: ich komme und ordne deine Angelegenheiten. Ich fühle mich tief enttäuscht, wenn ich so etwas höre und spreche gewiß im Namen aller Mitglieder, wenn ich die Erwartung ausspreche, daß, wenn die beabsichtigte Konferenz stattfindet, die deutschen Gesandten, sowohl die der Großmächte, als der des Bundes darin einig sein werden, daß sie die Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten entschieden zurückweisen. Ich lebe aber auch in der festesten Zuversicht, daß wenn diese Konferenz dennoch zu Stande kommt, der Gesandte des deutschen Bundes den richtigen Standpunkt einzuhalten und die Ehre des Vaterlandes zu wahren wissen wird.

Ich hoffe, daß die großh. Regierung mit Allem, was ihr zu Gebote steht, auf die dem Gesandten des Bundes zu gebende Instruktion einwirken wird, damit die Einmischung des Auslandes fern gehalten wird.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Durchl. hochgeehrte Herren! In jedem Leben liegen neben einander die Berechtigungen der Interessen u. der Rechte, der Rechte oder beziehungsweise der juristischen Pflichten, also Das, was wir thun müssen u. der Interessen, also Das, was wir in freier Erwägung thun können, so lange nach den bestehenden rechtlichen Begriffen kein Eingriff in die Rechte Anderer daraus hervorgeht. Auch im Staatsleben liegen diese Dinge neben einander. Jeder Staat hat aber auch gegenüber von Privaten und gegenüber von andern Staaten rechtliche Verbindlichkeiten. Er kann sich einmal über die Verträge hinaus-

setzen, aber im großen Ganzen muß er doch die Verträge, die er übernommen hat, erfüllen. Die schlimmste Zeit entsteht dann im Privatleben, wie im öffentlichen Leben, wenn die Politik der Interessen diejenige, welche sich auf das Recht stützt, aufzugeben droht, im Privatleben, weil der Ruin des Individuums damit beginnt, im öffentlichen Leben, weil die Existenz der Staaten selbst damit auf das Spiel gesetzt wird, denn im Augenblicke, wo die bloße Interessenpolitik beginnt, werden wir Kriegereignissen entgegenstehen müssen. In der That, wenn Sie die Geschichte der letzten 15 Jahre betrachten, so werden Sie verschiedene Studien in dieser Richtung machen können, und nicht minder bei näherer Betrachtung wahrnehmen, daß die Zustände, die wir heute haben, daher rühren, daß die Interessenpolitik gesunden hat. Zwar das Recht ging bei den Staatspolitikern gesunden hat. Zwar sind an der Einhaltung des Rechtsprinzips Alle im höchsten Grade theilhaft und die Interessenpolitik hat deshalb nie sehr lange Dauer. Im Ganzen sind es aber die Kleinen, die an der Wahrung des Rechtes am meisten theilhaft sind. Die gesammte Rechtsordnung dient entschieden den Kleinen zum Schutz gegen die Beeinträchtigungen der Uebermacht der Großen, und auch im politischen Leben der Staaten sind es die Kleinen, die hauptsächlich sich hüten sollen, die Interessenpolitik zu treiben und die nicht dazu beitragen sollen, zu verwehren, daß es einen Rechtszustand gibt, und daß dieser Rechtszustand so lange als möglich die Grundlage sein muß, auf der sich unsere politischen Ermüdungen und Entschlüsse bewegen.

Es ist eine natürliche und stets eintretende Erscheinung, daß bei großen politischen Krisen, denen die Basis des Rechtes mehr oder weniger fehlt, oder in denen sie durch Fragen des Interesses oder der Sympathien verdunkelt ist, der Einzelne in seinem Urtheil sich in größerer Freiheit bewegt, und, da sein individuelles Urtheil zunächst ohne Konsequenz und Verantwortlichkeit ist, sich am liebsten ein gewisses freies Bild von den Verhältnissen und dem, was geschehen könnte und sollte, macht, welches er, beiseite von bestimmten lang genährten Anschauungen, darnach feststellt und einrichtet. Von diesem, nicht den wirklichen Zuständen, sondern seinen innersten Wünschen und Ideen entnommenen Standpunkte aus lassen sich seine Anschauungen über Politik bald leiten, bald doch mehr oder weniger beeinflussen. So wird überall eine freie Politik besprochen, die mit den Thatfachen und Verhältnissen es nicht so genau nimmt, und es gibt Wenige, die sich mit der Politik befassen, die nicht einen unerschütterlichen Kern in sich haben, mit welcher Ansicht, es freilich häufig sehr selbstsam bestellt ist. Allein wir, deren Handlungen Konsequenzen und Verantwortlichkeiten nach sich ziehen, können nicht außer Acht lassen, daß wir bestimmten realen Verhältnissen gegenüber stehen, daß wir nicht als Individualitäten, die frei überleben können nach den Anschauungen, die uns inne wohnen, sondern als Individualitäten, die nicht für sich, sondern für ein bestimmtes Rechtssubjekt, für den Staat, handeln, Politik treiben, und von dieser Grundlage allein aus sind wir berechtigt, unser Urtheil abzugeben. Hier finde ich, daß wir als ein Staat, der den Mittelstaaten in Deutschland angehört, in der Lage sind, zu sehen, daß in den beiden deutschen Großstaaten — so muß ich sie immer nennen, ob sie nun Polen, oder ob sie Ungarn, oder Kroaten zu ihren Unterthanen zählen, denn sie sind schon seit 50 Jahren so genannt worden und werden auch noch später so genannt werden — nachdem sie in einen schweren und bedeutenden Konflikt gekommen sind, dieser Konflikt von Tag zu Tag mehr droht, einen kriegerischen Ausgang zu nehmen. Dieser kriegerische Ausgang, welcher dem Rechte und was man auch gegen die Bundesakte sprechen mag, dem Rechte widerspricht, es ganz scharf. Er widerspricht auch den Interessen, wie wir sie auffassen und wie sie auch die Großstaaten auffassen sollten, denn wenn irgendwo stets das Interesse für das große deutsche Vaterland vertreten ist, so ist es bei uns, vorzugsweise bei uns in Süddeutschland. In Mitteldeutschland und Norddeutschland ist dies auch der Fall, d. h. überall vorzugsweise da, wo man eben dem spezifischen Gefühl, einem der deutschen Großstaaten anzugehören, ein schweres partikuläres Opfer zu bringen hat, sondern sich leicht und gern als Theil des deutschen Volkes fühlt. Es hilft nichts, daß wir diesem Zustand die Augen verschließen. Wir würden sicher mit dem Herrn Abg. Artaria es auf das Tiefste beklagen müssen, wenn, wie es beabsichtigt war, auf einer Konferenz, bis zu gewissem Grade über die deutschen Verhältnisse gesprochen würde. Wir sind aber eben leider in der Lage, wenn der Streit begonnen hat, daß wir uns gefallen lassen müssen, wenn nicht dabei Theilnahme sich einmischen werden. Es wäre dann gut, wenn sich die Streitenden verjähren und sagen würden, wir bekämpfen gemeinsam, daß sich ein Dritter einmischte, in diesem Augenblicke sind wir einig. Allein zwingen kann man sie dazu nicht. Thatache ist, daß in dem Krieg zwischen den beiden Großmächten Deutschland seinen Nachbarstaaten gegenüber die Macht und den Einfluß verlieren wird, den es wesentlich besitzen würde, wenn Deutschland mit den beiden Großmächten einig wäre. Zur Zeit ist noch der Frieden vorhanden, das Bestreben Aller geht dahin, den Frieden aufrecht zu erhalten und wir dürfen nicht verzweifeln, so lange noch Zeit gegeben ist und selbst dann nicht, wenn schon Kriegereignisse ausgebrochen sein werden.

Zur Zeit ist es noch möglich, daß der Frieden erhalten bleibt und wir müssen fragen: wie können wir dazu beitragen, denselben zu erhalten. Ich glaube nun allerdings, daß die Politik, die uns angerathen ist, nur die sein kann, darauf einzugehen: wir können den Frieden nur dann erhalten, wenn, wie wir es zu thun entschlossen sind, einen unparteiischen Standpunkt zwischen den beiden deutschen Großmächten einzunehmen und alle diejenigen, die uns einen parteiischen Standpunkt okkupieren, gegen die müssen wir uns aussprechen. Wir müssen sorgen, daß wir Preußen nicht bekämpfen in diesem Kriege, und auch Oesterreich nicht zerstückeln sehen, wir haben nur der Art zu handeln, daß unsere Vermittelung möglich ist und wir nicht Partei für das Eine oder Andere nehmen.

Den Frieden können wir aber — und darin sollten wir den realen Verhältnissen Rechnung tragen — nicht schon dadurch erhalten, daß wir für die Bundesreform einsehen, daß wir alle Kräfte aufstellen und den Todtschlagern lassen, der nicht dafür einsteht, denn in dem Augenblicke, wo wir dies erzwingen wollen, — ich will hier nur davon sprechen, daß eben diese Bundesreform ausgeführt werden soll, ohne jede Rücksicht auf bestehende Verhältnisse — in diesem Augenblicke wollten wir den Krieg mit Allen, die nicht

unsere Ideen theilen und sich deren Ausführung widersetzen. Wir können also die Bundesreform und das Parlament nur dann annehmen, wenn es möglich wird, in Verbindung mit den andern Staaten dazu zu kommen und hier stimme ich mit denen überein, die glauben, daß man das Ziel, ein Parlament zu erreichen, durchaus nicht aufgeben soll, obgleich es im jetzigen Augenblicke sich die Augen vor den wahren Zuständen verschließen heißt, wenn man ein zu großes Gewicht und zu große Hoffnung darauf setzt. Man mag die Dinge nehmen wie man will: die realen Dinge beugen sich vor keiner Phantasie, vor keinem Traum, die gegebenen Verhältnisse sind da, die That bleibt, aber die Worte verhalten. Allein einen Grund für die Nichtannahme des Parlaments kann ich nicht darin sehen, daß es von Preußen angeboten ist. Man mag über das preussische Ministerium denken, wie man will — daß ich kein Verehrer davon bin, wird man sich von mir denken — einen schon längst angefertigten Gedanken aber, der zu einem guten Ziele führen kann, den nehmen wir nicht als Projekt, als Geschenk des Grafen Bismarck an, sondern als eine Sache, bei der wir selbstständig und thätig mit den übrigen Staaten mitwirken und das Endziel erreichen, was aus dieser selbstständigen Thätigkeit, mit unzerer freien und hingebenden Mitwirkung erreicht werden kann. Es liegt nur die Thatache vor, daß man sagen kann, daß Preußen von freien Stücken den im deutschen Volke lebendigen Parlamentsgedanken diesmal angeregt, diese Thatache enthält an sich nur etwas Erfreuliches. Es ist etwas Aehnliches auch von Oesterreich seiner Zeit angeboten worden und wir sind darauf eingegangen und wir würde es sehr angenehm gewesen sein, wenn jenes, obgleich bestehende Reformprojekt, allseitig auch von Preußen angenommen worden wäre, das wäre nach meinem Dafürhalten die beflagenswerthe Erscheinung nicht gewesen. Zur Zeit aber sind wir noch nicht in dieser Lage, zur Zeit existirt noch in Frankfurt der Bundesrat, es existirt das Bundesrecht, die Bundesversammlung. Ich muß namentlich mich gegen die Anschauung des Herrn Ministerialraths Jolly erklären, die dieser von unsern Bundeszuständen entwickelt hat. Darnach wäre es für uns jetzt schon die nächste Aufgabe, daß wir sofort den Gesandten am Bundestag zurückrufen würden, allein er ist selbst nicht so prägnant dieser Ansicht, denn er hat selbst gesagt, wie man den Bundestagsgesandten instruirten soll, wie wir unser Bundesvotum abgeben sollen. Er will also auch selbst nicht den Gesandten zurückziehen, er wird also auf diese Verbindung noch etwas halten und ich glaube, daß das bestimmte Aufgeben dieser Verbindung gerade ein Uebel ist, welches aus dem Krieg erwachsen kann, denn ein anderes Band, eine neue Verbindung zu knüpfen, wenn auch mit solem Bande, ist sehr schwer, während aus einer bestehenden Verbindung, wenn sie auch nur die Form des Bundesrechts hat, der Parlamentsgedanke weit eher herauszuweichen kann. Ich glaube, daß der Parlamentsgedanke, wie er im Volke und bei den Regierungen vorgeschritten ist, bei einem leichteren Druck der Verhältnisse zu einem Endziel geführt werden kann, wenn der Bund besteht, und daß es einer viel heftigeren Krise bedarf, wenn aus dem aufgelösten Bund ein großes Deutschland hervorgehen soll. Die Stellung der großen Regierung muß immer aufgefaßt werden als eine solche, bei der sich die Anschauung derselben vollkommen selbstständig in Kreise derjenigen, mit denen sie durch ihre Lage berufen ist, Position zu nehmen, geltend macht. Sie kann nicht so aufgefaßt werden, daß sie mit Mißtrauen in ein solches Verhältniß treten solle. Wir dürfen nicht an Kleinem, Untergeordnetem mädeln und Alles mit der vorgefaßten Ansicht des Verdachtes betrachten, unsere Stellung muß aufgefaßt werden als freies Verhältniß eines Staates unter verbündeten Staaten, von denen einer dem andern etwas nachzugeben im Stande ist und woraus schließlich eine Norm herausgestellt, die die Dinge ihren Fortgang nehmen sollen. Ist dies nicht der Fall, so kann nie Etwas daraus werden. Wenn man bei jedem Worte erklärt: ja, jetzt gehe ich einen andern Weg, so wird es besser sein, man würde von Anfang sagen, ich kann nicht mithun. Da ist keine Gesellschaft möglich, wenn Jeder glaubt, er habe allein recht, er habe stets die richtigste Ansicht, alle Anderen müßten ihm nachgeben.

Man muß zu der Regierung das Vertrauen haben, daß sie thue, was dem Lande, dessen Interessen ihr heilig sind, förderlich erscheint, daß sie die Selbstständigkeit des Großherzogthums, der Individualitäten innerhalb der deutschen Staaten bleibend aufrecht erhalten und wahren wird, man muß überzeugt sein, daß wir dies thun unter den Verhältnissen, die vorliegen, unter den realen Verhältnissen, die uns allerdings auferlegen können, diese oder jene Handlungsweise, die sonst von uns nicht schlechweg mit Vorliebe gethan würde, einzuhalten. Das muß aber in einer Verbindung mit den andern geschehen, denn was wollen Sie sonst auch mit einem Parlament erreichen, das niemals eine Majorität zu bilden vermag, wenn es gegen eine solche erlaubt wäre, zu sagen, ich erkenne den Majoritätsbescheid nicht an, weil er meiner Ansicht, weil er meinem Interesse nicht entspricht. Ich sage, daß wir dieses Gesamtinteresse wahrnehmen, so gut wir können und für diese Politik müssen wir dormalen das Vertrauen des hohen Hauses in Anspruch nehmen. Es wäre auch umsonst, alle Fälle zum Voraus festsetzen zu wollen, in denen ein Handeln nöthig fällt, und Alles, was wir in dieser trostlosen Zeit nach dieser Richtung festsetzen wollten, würde sich als trügerisch erweisen. Wie die Würfel des Krieges fallen, weiß Niemand; es kann Einer glauben, er gewinne und er verliert. So noch mehr ist zu befürchten, daß Einer kann gewonnen haben, am Ende wird er aber doch sagen müssen: ich habe gewonnen, aber doch verloren. Lassen wir dabei die Ziele für die Größe der Nation und die Ziele für die Entwicklung der Menschheit uns stets verfolgen, mögen sie auch zur Zeit in die Ferne treten, sie werden wieder näher kommen, allein zunächst müssen wir uns in die Lage denken, in der wir heute in realer Beziehung sind und vergessen wir nicht, was wir dem weitern und engeren Vaterlande in Augenblicke schuldig sind. Wir dürfen nicht vergessen, wie die Lage nach und nach gekommen ist, aber auch nicht, wie sie immerhin noch besteht. Wollte z. B. Jemand die Idee des Herrn Grafen von Bellinghagen ergreifen und sagen: nun machen wir Mittelstaaten der Sache ein Ende, stellen wir beim Bundestag den Antrag, tüftel ab oder wir gehen gegen Euch. Da brauchen wir aber den Bundestag auch dazu und können wir nicht etwas Gutes damit leisten? Er bleibt also die einzige Institution, die besteht und wir müssen erwarten, wie lange er bleibt und so lange wird man ihn anerkennen müssen.

Die Frage nach dem vorliegenden Kredit ist eine doppelte Nr. 3.

nachdem nicht vorgelegt, daß wirklich ein Galgen errichtet werde. Sodann möchte ich den Herrn Geheimerrath Bluntschli fragen, ob er den Antrag, den er vor 14 Tagen motivierte, zurückzieht? Herr Geheimerrath Dr. Bluntschli: Jawohl!

Herr Graf von Berlichingen: Dann möchte ich bemerken, daß es einen guten Eindruck machen wird, wenn der Antrag hinsichtlich der Zusammenberufung eines deutschen Parlaments einstimmig angenommen würde. Ich will also diesem Antrag auch zustimmen, was ich jedoch vom großpreussischen Parlament gesagt habe, halte ich aufrecht und was ich auch dagegen hörte, wird meine Gesinnung keineswegs ändern von Dem, was ich davon erwarte.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Ich habe allerdings von Bedingungen gesprochen, unter denen die Verwilligung nicht ausgesprochen werden könne oder wolle; ich habe aber damit vorzugsweise die Neben des Herrn Ministerialraths Jolly und des Herrn Grafen von Berlichingen, nicht den Kommissionsbericht gemeint. Ich konnte nicht zugeben, daß die Intentionen der großh. Regierung gerade so ausgelegt werden dürfen, wie Herr Ministerialrath Dr. Jolly sich geäußert hat, welcher behauptete, es folge daraus Dieses oder Jenes, oder Dieses und Jenes könne nicht eintreten. Es gibt Dinge, für deren Eintritt allerdings im Augenblick kein Anhaltspunkt vorliegt, die aber, wenn sie eintreten sollten, anderer Erwägung bedürfen, als daß sie in diesem Augenblick möglich und vorauszubestimmen wären. Ich kann also keine Garantie in dieser Hinsicht geben und die gemachten Bedingungen nicht acceptiren.

Herr Ministerialrath Dr. Jolly: Ich habe keine Bedingungen gestellt, sondern mich nur über den Sinn ausgesprochen, in welchem ich das Programm der Regierung verstehe und der Kreditforderung zustimme. Es handelt sich nach meiner Ansicht um Leben oder Tod und da gibt es schlechthin keine Rücksicht auf andere Umstände. Wenn Das, was ich über das Programm der Regierung erklärt habe, anders aufgefaßt wurde, als eine Zustimmung zu diesem Programme im Sinne des Kommissionsberichtes, dann kann auch das Nämliche dem Antrag der Kommission widerfahren und dann müßte ich, da sich damit die ganze Sachlage ändert, bitten, daß die Sache an die Kommission zur neuen Prüfung zurückgewiesen werde.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Wenn wir die Erklärung des Herrn Ministerialraths Dr. Jolly einfach annehmen, so erklären wir mehr, als wir erklären und annehmen können und wir würden vollends in einen Widerspruch gerathen, wenn wir daneben die Ausführungen des Herrn Grafen von Berlichingen gleichfalls einfach annehmen wollten.

Herr Ministerialrath Dr. Jolly: Wenn das Programm, das die großh. Regierung in der zweiten Kammer vorgebracht hat, gilt, dann bin ich zufrieden.

Herr Staatsrath Dr. Lamey: Ja wohl, das ist der Fall. Präsident: Die Diskussion ist geschlossen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung werden das Gesetz und die weiteren Anträge der Kommission einstimmig angenommen.

Herr Geh.-Rath Dr. Bluntschli bittet hierauf nochmals um das Wort und spricht:

Ich habe mir von dem hohen Präsidium die Erlaubnis erbitten, nachdem die Debatte über die Hauptsache abgeschlossen sey, dem hohen Hause eine persönliche Bemerkung machen zu dürfen.

Seit Langem habe ich die Ehre, von der ultramontanen Presse dieses Landes auf's Aergste angefeindet und geschmäht zu werden, mehr als ein Anderer, und mehr sogar als Herr Staatsrath Lam. p. der doch auch über alle Mäßen von derselben verunglimpft wird. Ich habe immer geschwiegen und niemals in dieses hohe Haus persönliche Klagen gebracht. Wer sich dem öffentlichen Leben widmet, der muß nach und nach eine harte Haut bekommen, die wenig empfindlich ist für die Pfeile, die die feindliche Parteilichkeit täglich wider ihn richtet. Sonst verliert er seine Ruhe und der wiederholte Aergerniß macht ihm das politische Leben unerträglich und seine Gegner erreichen ihren Zweck. Diesmal aber glaube ich, es Ihrer Würde und meiner Ehre schuldig zu seyn, mich über einen Angriff auszusprechen, der diesmal nicht von der schwarzen, sondern der entgegengesetzten, der rothen Presse offenbar planmäßig unternommen worden ist, und auch ein politisches Zeichen der Zeit ist.

Sie wissen, daß in Frankfurt eine Art Wohlhabensauschuß der rothen Demokratie gebildet worden ist, welche gegenwärtig mit den Ultramontanen eng verbunden erscheint. In demselben befinden sich mehrere Männer, welche den gewaltsamen Umsturz in Baden im Jahre 1848 mitverschuldet haben. Diese Partei vertritt mehrere Organe der Presse, insbesondere auch über die N. Frankfurter Ztg. Sie hat auch in Heidelberg ihren Ableger und versucht überall durch Bildung von Volkvereinen und Volksversammlungen in ihrem Sinne die Agitation zu verbreiten. Bis jetzt hat sie in Heidelberg noch keine große Bedeutung gewonnen. Die Heidelberger erinnern sich der früheren Jahre und sind nicht Willens, sich von diesen Herren nochmals in ähnliche Zustände zurückführen zu lassen.

Offenbar ist in diesem Auschuß der Plan beschloffen worden, einige Personen, welche der Partei als besonders gefährlich erscheinen, planmäßig in der Presse zu verfolgen, in der öffentlichen Meinung zu diskreditiren und wenn möglich moralisch zu verderben. Man hofft, wenn erst diese Personen gestürzt sind, dann um so leichter die eingekerkerten Menge beherrschen und ausbeuten zu können. Zu diesen ausgewählten Personen gehöre auch ich. Wenn die Hefigkeit der Angriffe der Maßstab ist für die politische Bedeutung der Angegriffenen, so muß ich gestehen, ich habe mich bisher nicht für eine so wichtige und einflußreiche Person gehalten, als diese Gegner mich zu schätzen schienen, und meine Eigenliebe könnte daher nur geschmeichelt seyn durch diese Entäußerung.

Die Hauptleitung der feindlichen Presse ist übrigens weder in Frankfurt, noch in Heidelberg zu suchen, sondern in Stuttgart, wo die verschiedenen Häden in einer Hand zusammengefaßt werden, welche eine ganze Reihe von Presorganen verbindet.

In der N. Frankfurter Ztg. erschien neulich ein Pasquill gegen mich, dasselbe wurde in Heidelberg eigens nachgedruckt und durch Dienstmänner in allen Wein- und Bierhäusern solportirt. Man versuchte sogar damit, die Studirenden gegen ihren Lehrer aufzuheben, was freilich gründlich mißlungen ist. Der Schwabartitel ist geschickt gefaßt, wie es nur eine im Verlaumdnen geübte Feder kann. Es sind darin eine Menge von Vorwürfen gehäuft, deren Kontrolle für das blasse Publikum gar nicht möglich ist, aber von so einschmeichler Art, daß sie meinen politischen Charakter auf's Aeußerste

verdächtigen. Bestimmte Daten, Zahlen, angeblich wörtliche Äußerungen sollen den Schein der Thatsachen und der Wahrheit verbreiten. Ich verwundere mich nicht, wenn mancher Leser dadurch wirklich getäuscht wird, denn noch wissen nicht alle Leute, wie viel Unwahres gedruckt wird und wie frech die Lüge auftritt.

Die Vorwürfe beziehen sich auf meine mehrjährige Wirksamkeit in der Schweiz und auf meinen Uebertritt nach Deutschland. Es ist geradezu unmöglich, meine frühere schweizerische Politik in einer deutschen Kammer zu erneuerter Debatte zu bringen. Schon die Rücksicht auf mein angebornes Vaterland würde mich verhindern, ein Urtheil über schweizerische Parteilämpfe und Verhältnisse, die überdem der Geschichte angehören, in einer deutschen Versammlung oder einem deutschen Gericht hervorzurufen, dem kein Urtheil darüber zustehen kann. Und ich denke, das hohe Haus wird mir darin recht geben. Aber ich hoffe, daß mir gestattet werde, alle hauptsächlichsten Anklagepunkte dieses Pasquills insoweit kurz zu berühren, als es nöthig ist, meine Ehre zu wahren, der Würde auch dieses hohen Hauses, dessen Mitglied zu seyn ich die Ehre habe, Rechnung zu tragen und die öffentliche Meinung des Landes, dem seit fünf Jahren meine Wirksamkeit angehört und auf dessen Vertrauen ich stolz bin, darüber in's Klare zu setzen.

1. Es wird mir vorgeworfen, in der Schweiz habe ich eifrig gegen alle Bundesreform gekämpft und in Deutschland spreche ich eifrig für Bundesreform. Diesem Vorwurf gegenüber erlaube ich mir, drei Thatsachen anzuführen:

a) meine erste politische Schrift von 1830 über die Verfassung des Kantons Zürich verlangte eine zeitgemäße Reform derselben und in der Verfassungscommission, welche die bestehende Staatsverfassung des Kantons entworfen hat, diente ich als Sekretär.

b. Als ich 1839 zum Tagungsgegenstand erwählt war, regte ich sofort eine Konferenz der sämtlichen Gesandten an, auf welcher die Reform der Bundesverfassung zur Sprache brachte.

c) Im Jahre 1847, nach dem Sonderbundskrieg, gab ich eine Schrift heraus, worin der Beweis geführt wurde, daß die schweiz. Bundesreform nun viel energischer als früher durchgeführt werden müsse und daß voraus die Herstellung eines schweiz. großen Rathes als Volksvertretung nöthig sey, d. h. ich beantragte die Einrichtung, welche in dem jetzigen Nationalrathe wirklich besteht.

2. In der Schweiz sey ich ein Freund und Beschützer der Jesuiten gewesen und habe für Pfaffenherrschaft geschwärmt und hier bekämpfe ich beide.

Es ist mir fast unmöglich, auf diesen Vorwurf ernsthaft zu antworten; er ist gar zu lächerlich. Wie wäre es möglich, daß ich, ein Protestant, ein freier Denker, ein Repräsentant der modernen Staatsidee, jemals ein Freund der Jesuiten gewesen sey.

Herr Geh. Kirchenrath Nothe: Dieser Vorwurf ist allerdings lächerlich.

Herr Geh.-Rath Dr. Bluntschli: In der schweizerischen Jesuitenfrage war mein Standpunkt genau der, welcher in der ersten vom großen Rathe gebilligten Instruktion in folgenden Worten bezeichnet ist: „Die Ehrengesandtschaft des Standes Zürich wird seine Ansicht dahin aussprechen, daß der Orden der Jesuiten durch seine Lehren und Missionen dazu beiträgt, die Stimmung der beiden Konfessionen in der Schweiz, der reformirten und der katholischen, gegenseitig zu verbittern, und dadurch auf die freie Entwicklung einer nationalen Politik hindernd einwirkt. Es bedauert demnach der Stand Zürich, daß einzelne Stände diesen Orden bei sich aufgenommen haben, und spricht den freundschaftlichen Wunsch aus, daß sich diese Stände dem Einflusse des Jesuitenordens entziehen möchten und einem weiteren Umfange derselben von Seite der katholischen Stände selbst gehindert werde; dagegen kann der Stand Zürich seinerseits zu keinen zwingenden Beschlüssen der Tagessatzung auf Wegweisung dieses Ordens aus einzelnen Kantonen und der Schweiz Hand bieten, weil darin ein Eingriff in die Souveränität der Kantone läge, zu welchem der Bund die Tagessatzung nicht berechtigt.“

3. Wird mir vorgeworfen: „In der aargauischen Klosterfrage habe ich für die Klöster geistert.“ Der Art. 12 der Bundesverfassung von 1815 hatte die kath. Klöster ausdrücklich unter die Garantie des Bundes gestellt. Als in dem paritätischen Kanton Aargau die sämtlichen Klöster aufgehoben wurden, kam es in Frage, in wie weit jener Bundesartikel vom Bund zu handhaben, beziehungsweise den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen sey. Allerdings hatte ich damals noch als wohlgeschulter Jurist der geschichtlichen Schule die Meinung, daß das bestehende ausrückliche Bundesrecht die oberste und unverrückliche Norm sey, auch für die amtliche Praxis. Es ist die nämliche Ansicht, die heute noch in Deutschland eine Menge von Juristen und Staatsmännern hat. Ich bin derselben seit Langem entwachsen; es ist das für mich ein zurückgelegter Standpunkt. Ich habe es allerdings zuerst in der Schweiz gelernt und dann auch wissenschaftlich begriffen, daß das politische Leben eines Volkes sich nicht durch ein formelles Bundesrecht auf alle Zeit einschränken läßt, und daß das geschichtliche Verfassungsrecht, wenn es zum Hinderniß für das zeitgemäße Leben des Volkes wird, aufhört, politisch wirksam zu seyn.

4. Wichtiger ist der weitere Vorwurf, in der Schweiz sey ich reaktionär gewesen und hier liberal und dieser Liberalismus sey nur eine Maske.

Meine politische Wirksamkeit von zusammen 37 Jahren theilt sich in zwei ziemlich gleiche Hälften, die erste in der Schweiz, die zweite in Deutschland. Wenn ich wirklich in der Schweiz reaktionär gewesen und in Deutschland liberal geworden wäre, so würde es sich doch erst nach fragen, welches von beiden denn die Maske sey. Wie unbegründet dieser Vorwurf übrigens ist, läßt sich mit ein paar Worten einfach beweisen. Gleich von Anfang, im Jahr 1830, gehörte ich zur Partei der „Gemäßigten und Konstitutionellen“, welche jede Ueberstürzung zu verhindern suchte. Im Jahr 1842 entwickelte sich diese Richtung zu einem bestimmten politischen Prinzip. Ich gründete damals die liberalkonservervative Partei, deren klares Prinzip war, Verbindung der acht Liberalen und der acht Konserverativen zur Führung des Staats und zur Bekämpfung der Herrschaft der beiden entgegengesetzten Extreme. In dieser Partei vertrat ich überdem persönlich das liberale Element. Das waren die Leitsterne meiner ganzen Politik und eben deswegen war dieselbe nie reaktionär und nie revolutionär.

5. Das Pasquill behauptet, ich habe in Zürich die „Deutschen“ mit Wort und Schrift geschmäht; und wolle in Deutschland ein Deutscher seyn. Diese so recht berechnete Verläumdung ist glücklicherweise ebenso leicht zu widerlegen. Es kann

kein einziges Wort, noch irgend eine Schrift von mir nachgewiesen werden, worin eine derartige Schmähung zu finden wäre. Meine Rektoratsrede, auf welche angepielt wird, enthält nichts als eine Abhandlung über das Autrecht und keine Spur von Schmähungen. Mein verehrter Kollege, Kirchenrath Hitzig, auf den sich der Pasquillant sehr mit Unrecht beruft, war dabei anwesend und äußert ganz unerböhrlich seine Entrüstung über diese freche Lüge. Im Gegentheil, meine ganze wissenschaftliche Richtung ging gerade auf Verbindung des schweizerischen Wesens mit der deutschen Kultur. Meine ganze frühere Stellung in der Rechtswissenschaft wird gerade dadurch charakterisirt, daß ich zuerst das schweizerische Recht aus dem deutsch-nationalen zu erklären und das deutsch-nationale aus dem schweizerischen zu bereichern unternommen habe. Eine Reihe von meinen Schriften sind unverwerfliche Zeugnisse dafür. In der Schrift „die neuen Rechtsschulen der deutschen Juristen“, welche 1841 erschienen ist, habe ich überdem diese nationale deutsche Entwicklung auch für die Staatswissenschaft zu fördern gesucht.

Herr Hofrath Schmidt: Ich kann nur die vollständige Wahrheit des Gesagten bezeugen. Unter den Sachkennern besteht darüber keine Meinungsverschiedenheit.

Herr Geheimerrath Dr. Bluntschli: Ich füge nur noch bei, daß ich jederzeit jenen engherzigen und philisterhaften Fremdenhaß bekämpft habe, aber es gab in Zürich eine Gruppe von Deutschen, welche den extremsten Doktrinen huldigten, zum Sozialismus, Kommunismus und Atheismus. Wider diese habe ich mich freilich gelegentlich ausgesprochen, nicht weil sie Deutsche waren, sondern weil ich ihre Richtung und Wirkung für verderblich hielt. Diese Herren haben das Recht nicht, sich als Repräsentanten der deutschen Nation zu gebahren, und als die Deutschen bezeichnet zu werden. So viel ich sehe, will die deutsche Nation von diesen Extremen nichts wissen. So habe ich mich denn allerdings immer gegen die erklärt, welche das Christenthum einfach abschaffen wollten, und bin heute noch wie damals der Meinung, daß die Völker und vorzüglich die Deutschen die Religion ebensowenig entbehren können, als die Wissenschaft. Die moralischen Grundlagen unseres Volkslebens sind größtentheils zugleich Religion und Wissenschaft. Die Wissenschaft besitzt weder die Macht, noch hat sie die Fähigkeit, für sich allein die Menschen geistig zu leiten. Ein gesundes Volksleben bedarf zugleich der beiderseitigen Geistesleitung der Religion und der Wissenschaft.

6. Werden mir vorgeworfen angebliche Verfolgungen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, die „gerechnet“ haben sollen. In der Schweiz war es wie hier zu Land; gerichtlich verfolgen, verhaften, Hausdurchsuchungen vornehmen konnte nur, wer entweder je nach Umständen die Polizeigewalt besaß oder das Amt des Staatsanwalts hatte oder Richter war. Niemals hatte ich eines dieser Ämter bekleidet, war also gar nicht in der Lage, die Dinge thun zu können, die man mir zuschreibt. Mein Departement war das des Innern, welches damit gar nichts zu schaffen hatte. Nur in zwei Beziehungen von eminent politischer Seite hatte ich als Mitglied der Regierung gegenüber von fremden Personen eine gewisse Mitwirkung. Die eine war die der politischen Flüchtlinge. Das Prinzip, welches ich hier jederzeit befolgte, war kurz folgendes: Gewährung des Asyls in liberalster Weise gegenüber allen politischen Flüchtlingen, gleichviel von welcher Farbe, aber zugleich Nichtduldung, daß die sichere Zuflucht in der Schweiz mißbraucht werde zu feindseligen Handlungen wider befreundete Staaten von gesichertem Verstande aus. Es ist das der Grundsatz, nach welchem auch die heutige Schweiz verfährt. Wir vernahmen jedoch aus der Zeitung, daß der Bundesrath auch jetzt schon in demselben Geiste gegen diejenigen Deutschen einschreiten werde, welche etwa versuchen sollten, in der Schweiz die rothe Republik für Deutschland zu proklamiren und von da aus Einfälle gegen Deutschland zu machen. Gerade weil die Schweizer wirkliche und praktische Republikaner sind, haben sie kein sonderliches Vertrauen zu diesen theoretischen deutschen Republikanern.

Sodann trat ich dem Versuche des Schneiders Weiting, in der Schweiz mit dem Kommunismus Ernst zu machen, entgegen. Er ging dabei ganz ausgesprochen auf Theilung der Güter, Zerstörung des Privateigentums und eine vollständige soziale Umwälzung aus. In Folge dessen wurde er vom Staatsanwalt verhaftet und von dem Gerichte verurtheilt. Die politische Bedeutung der Sache klar zu machen, erhielt ich die Aufgabe und ich löste dieselbe in der einfachsten Form, indem ich die Papiere publizirte, welche man bei ihm vorgefunden hatte. Ich dachte dabei, wenn die Leute erfahren, was beabsichtigt wurde, so sey die Gefahr kommunistischer Umtriebe größtentheils beseitigt. Zu der That zeigte es sich denn auch bald, daß in dem Schweizervolk gar keine Neigung sey, den Kommunismus aufkommen zu lassen.

7. Mein Uebergang nach Bayern wird in dem Pasquill vorerst so geschildert, als sey meine Stellung in der Schweiz unhaltbar gewesen. In dieser Hinsicht kann ich nur sagen, daß noch lange Zeit, nachdem ich von Zürich weg war, meine Professur an der Universität nicht besetzt wurde, in der Erwartung, daß ich doch vielleicht wieder nach Zürich zurückkehre, und darauf hinweisen, daß die endliche Ausarbeitung des Zivilgesetzbuchs für Zürich in diese spätere Zeit fällt und ich von München aus in fortwährender freundlicher Verbindung blieb mit der neuen liberalen Behörde. Sodann wird behauptet, ich sey von dem klerikalen Minister Abel nach München berufen worden und habe die „Mission“, dort in klerikalem Sinne zu wirken, eifrig erfüllt. Thatsache ist, daß das Ministerium Abel längst gestürzt war, als ich nach München berufen wurde, daß meine ersten Unterhandlungen mit dem Fürsten Wallerstein, als Minister, dem Gegner Abel's, Ende 1847 gepflogen wurden, und daß meine endliche Berufung erst unter der Regierung des Königs Maximilian II. im Jahr 1848 zum Vollzug kam.

Wie sehr ich aber in München in klerikalem Geiste gewirkt habe, das beweist am besten der „Münchener Volksbote“; in diesem ultramontanen Blatt wurde ich fortwährend ebenso leidenschaftlich verfolgt, wie gegenwärtig in dem „Badischen Beobachter“, dem „Pfälzer Boten“ und dem „Kath. Kirchenblatt“.

Wenn ich mein früheres politisches Leben überblicke, so kann ich allerdings nicht von mir sagen — wie unser früherer Kollege, der Freiherr von Andlaw, sich hier öfters zu rühmen pflegte, daß er während 40 Jahren sich völlig gleich geliebt sey — daß ich während meiner 37 immer genau dieselben Ansichten gehabt und vertreten habe. Ich verzichte auf diesen zweideutigen Ruhm; ich habe im Gegentheil manche Vorurtheile meiner Ge-

... und meiner Umgebung nach und nach abgestreift. Ich habe auch manche Meinungen, die mir während meiner Erziehung auf deutschen Universitäten beigebracht worden sind, im spätem Leben nicht bewahrt gefunden und wegwerfen. Ich habe in meinem Leben manches Neue erfahren und manches Neue gelernt. Ich habe auch meine Ansichten vielfältig berichtigt; ich bin nicht stehen geblieben, sondern habe Fortschritte gemacht und bin gewachsen in der Erkenntniß; und ich besitze, noch mehr zu lernen und weitere Fortschritte zu machen. Ich besitze auch die Eitelkeit nicht, zu meinen, daß ich keinen Fehler und keine Mißgriffe gemacht habe; ich würde Manches vielleicht heute besser machen als in früheren Jahren.

Aber das behaupte ich, ich war von Anfang an bis heute ein Gegner der Extreme; niemals ein Freund der Reaktion, nie-

mals ein Freund des revolutionären Umsturzes, aber alle Zeit ein Freund der nationalen Entwicklung und der befeindeten aber entschiedenen Reform.

Der Entwicklungsgang meines Lebens ist kurzgefaßt durch eine Reihe von Gesetzen und Schriften. Wer diese kennt, der wird mir bezogen, in diesem Leben und seinem Wirken ist ein innerer Zusammenhang und eine organisch natürliche Entwicklung, ein fester, entschlossener Charakter und ein aufrichtiger und nach Wahrheit strebender Sinn. Schon in den ersten Schriften wird die Keime der spätern Richtung und Entwicklung ganz deutlich erkennen. Immer deutlicher und immer heller ist die innerste liberale Natur meines Wesens aus der anfänglichen Verbüllung und Ver- kennung hervorgetreten. Mein Charakter und Geist sind beide fortwährend gewachsen und ich bin im spätern Leben auch

humaner geworden in der Beurteilung Anderer, selbst der Gegner, die mich so leidenschaftlich angreifen. Als jüngerer Mann habe ich den Wahlspruch „gerecht und frei“ für meine Person angenommen; ich bin diesen Leisten meines Lebens treu geblieben bis heute und ich werde ihnen treu bleiben bis zu meinem Lebens- ende. Aber eben deshalb habe ich auch einen gerechten Anspruch darauf, als Ehrenmann betrachtet und behandelt zu werden, auch wenn ich eine andere Meinung haben, und selbst wenn ich irren sollte.

Hobes Präsidium: Ich danke dem Geh.-Rath Bluntschli für diese offene Erklärung, und ich bezweifle nicht, daß die ganze hohe Kammer mit mir einverstanden ist in der Anerkennung und ausgezeichneten Achtung seiner Person und seiner Wirksamkeit.

Karlruhe. E. Mader'sche Druckerei.

... (The text in this column is extremely faint and largely illegible due to the age and condition of the document. It appears to be a continuation of the main text or a separate column of text.)

... (The text in this column is also extremely faint and largely illegible. It continues the narrative or contains related information.)

... (The text in this column is also extremely faint and largely illegible. It appears to be a continuation of the main text or a separate column of text.)